

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Tabaksteuer.

Der Tabak ist von den Steuerfindern der Regierung schon seit jeher als ein dankbares Objekt betrachtet worden. Man kalkuliert dort, daß der Tabak ein Genussmittel ist, welches in den weitesten Kreisen konsumiert wird. Als Genussmittel sei er für die Besteuerung besonders geeignet und seine starke Verbreitung verspricht ein reiches Erträgnis der Steuer. Schon in den 80er Jahren hat die Regierung ein Tabakmonopol geplant, aber damit beim Reichstag keine Gegenliebe gefunden. Dann wurden in den Jahren 1893 und 1895 Versuche unternommen, Tabakfabriksteuern einzuführen, die jedoch ebenfalls nicht zum Ziele führten. Mehr Glück hatte die Regierung bei der Steuerreform des Jahres 1906. Zwar wurde die beantragte Erhöhung der Tabaksteuer abgelehnt, aber der Reichstag bewilligte die Zigarettensteuer, die dem Reich jährlich 15 Millionen einbringt.

Gegenwärtig besteht eine Steuer auf inländischen Roh-tabak in Höhe von 45 Mk. pro Doppelzentner, ausländischer Rohtabak wird mit 85 Mk. verzollt, und daneben existiert seit dem Jahre 1906 die Steuer auf Zigaretten, Zigarettenpapier und Zigarettenpapier. Insgesamt werfen diese Abgaben einen Ertrag von 85 Millionen Mark ab. Die Vorlage will die Reichseinnahmen aus dem Tabak um 77 Millionen Mark, also auf 162 Millionen Mark steigern. Dieser Mehrertrag soll dadurch erzielt werden, daß zwar der Zoll und die Steuer auf Roh-tabak in der seitherigen Höhe erhalten bleiben, aber daneben die Zölle für Tabakfabrikate wesentlich erhöht werden. Der Zoll für bearbeitete Tabakblätter soll von 180 auf 250 Mk., für Pfeifen-, Rau- und Schnupftabak von 180 auf 300 Mk., für Zigarren von 270 auf 700 Mk. und für Zigaretten von 700 auf 1000 Mk. pro Doppelzentner steigen. Dazu soll für Tabakerzeugnisse, hauptsächlich Zigarren, eine neue Steuer eingeführt und die Zigarettensteuer bedeutend erhöht werden.

Die Zigarettensteuer beträgt gegenwärtig je nach dem Kleinverkaufspreis 1,50 bis 10 Mk. pro Tausend, sie soll künftig 1,50 bis 24 Mk. betragen. Auch die Zigarettensteuer ist als Verbrauchssteuer gedacht, die nach dem Kleinverkaufspreis abgetakelt ist; sie soll von 4 Mk. pro Tausend bei Zigarren im Preise von unter 40 Mk. bis 96 Mk., für Zigaretten im Preise von mehr als 500 Mk. pro Tausend betragen. Was mit der Erhöhung des Einfuhrzolles für Tabakfabrikate erreicht werden soll, ist schwer zu verstehen. Die Regierung beabsichtigt doch eine Erhöhung der Einnahmen, sie rechnet aber selbst damit, daß diese Zollerhöhung eine Verminderung um 2 Millionen bringen wird. Die Hoffnung, auf diesem Wege zu erreichen, daß das Entrippen der Tabakblätter künftig in Deutschland erfolgt, ist nach Ansicht der Sachverständigen durchaus trügerisch.

Ist also dieser Schutz, der den einheimischen Produzenten zugebracht ist, ein sehr problematischer, so ist der Schaden, den ihnen das neue Gesetz bringt, ein um so realerer und fühlbarer. Aber nicht nur die Produzenten und vor allem die Tabakarbeiter sind durch diese Vorlage auf das schwerste in ihrer Existenz bedroht, auch den Konsumenten werden recht empfindliche Schröpsköpfe eingesetzt. Für die indirekten Steuern ist es charakteristisch, daß sie die Minderbemittelten weit stärker belasten als die Reichen, das läßt sich auch bei der Tabaksteuer voraussehen, und die Regierung rechnet damit als mit einer feststehenden Tatsache. Sie schätzt die Einnahmen aus der Zigarettensteuer auf 22 500 000 Mk. und die aus der Zigarettensteuer auf 74 800 000 Mk. Den Löwenanteil an diesen Erträgen würden aber die billigen Sorten zu tragen haben. Nach der Rechnung der Regierung wird der Ertrag aus Zigaretten bis zum Preise von 3/4 Pf. pro Stück 16 200 000 Mark und der aus Zigaretten bis zum Preise von 7 Pf. pro Stück 58 200 000 Mk. betragen. Das sind zusammen 69 400 000 Mk. oder 72 Proz. des Steuerertrages, die von den Minderbemittelten und Armen, die das schlechte Kraut rauchen, aufgebracht werden, während die Reichen bescheidenweise nur mit 28 Proz. des Steuerertrages belastet sind. Auf den Konsum der teuersten Zigarren und Zigarettenmarken wird ja die Steuererhöhung nur einen geringen Einfluß ausüben, dagegen werden viele von denen, die bisher gewohnt waren, eine Zigarre zu 5, 6 oder 7 Pf. zu rauchen, infolge der Verteuerung zu einem geringeren Klimmstengel greifen oder auch ihren Konsum einschränken und so dazu beitragen, das Elend, das den Tabakarbeitern droht, noch mehr zu vergrößern.

Zurzeit dürften in der Tabakindustrie Deutschlands etwa 200 000 Personen beschäftigt sein. Die niedrige Lebenshaltung der Tabakarbeiter ist geradezu sprichwörtlich geworden. Im Jahre 1906 betrug der durchschnittliche

Jahresverdienst eines Vollarbeiters nach den Feststellungen sämtlicher gewerblicher Berufsvereinigungen 1027,50 Mk. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Vollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie betrug in der gleichen Zeit aber nur 574,75 Mk. Dabei ist noch zu beachten, daß die verhältnismäßig große Zahl von Heimarbeitern in der Tabak- und Zigarrenindustrie, die noch viel schlechter entlohnt werden als die Fabrikarbeiter, in dieser Statistik nicht berücksichtigt sind. Diese elend entlohnte Arbeiterschaft wird die Wirkung der Steuer in voller Schärfe zu spüren bekommen.

Selbstverständlich werden die Fabrikanten versuchen, die Steuerlast von sich abzuwälzen, was man ihnen im Grunde auch nicht verdenken kann, zumal ja das ganze Steuerprojekt darauf zugeschnitten ist, den Konsumenten die Steuer tragen zu lassen. Da aber die Verteuerung der Ware den Konsum ungünstig beeinflusst, muß der Unternehmer darauf bedacht sein, den Teil der Steuer, die den Konsumenten trifft, möglichst niedrig zu bemessen. Er wird also nach anderen Faktoren Umschau halten, die es ihm ermöglichen, den Steueranteil, der auf den Preis der Ware schlägt, so niedrig wie möglich zu halten. Das nächstliegende Mittel, die Produktionskosten zu verringern, ist die Kürzung des Arbeitslohnes. Den Versuchen, die Löhne zu reduzieren, werden die Tabakarbeiter um so weniger Widerstand entgegenzusetzen können, als die Verminderung des Konsums die Zahl der erwerbslosen Tabakarbeiter rapid steigern lassen wird. Die Regierung sucht zwar in ihrer Begründung der Vorlage die Beschränkung zu gerechtfertigen, als ob die Tabaksteuer eine Verminderung der Zahl der Arbeiter herbeiführen würde, aber auf diese Beschränkungsversuche ist nichts zu geben. Die Erinnerung an die Wirkung, welche die Einführung der Roh-tabaksteuer und die Erhöhung des Tabakzolles im Jahre 1879 ausübte, ist unter den Arbeitern der Tabakindustrie noch nicht vergessen und die Aufregung, welche die gegenwärtigen Steuerpläne nicht nur bei den Arbeitern, sondern allgemein bei den mit der Herstellung und dem Vertrieb von Tabakfabrikation beteiligten Kreisen hervorgerufen hat, ist nur zu verständlich.

Neben den Fabrikanten und Arbeitern werden ja auch die Zigarrenhändler die Wirkung der Steuer zu spüren bekommen. Wer es sich irgend leisten kann, wird auf die Vermittlung des Zwischenhändlers verzichten und seinen Bedarf im großen zu decken versuchen, da er dabei nicht nur billiger einkauft, sondern auch noch eine geringere Steuer zu zahlen hat. Die Zigarre, die zum Beispiel bisher 5 Pf. gekostet hat, wird nach Einführung der Steuer mindestens 6 Pf. kosten. Beim direkten Bezug aus der Fabrik dürfte die gleiche Qualität aber schon für 4 Pf. zu haben sein. Während aber die mit 6 Pf. bezahlte Zigarre eine Steuer von 8 Mk. pro Tausend trägt, braucht für die gleiche Zigarre, wenn sie für 4 Pf. verkauft wird, nur 4 Mk. Steuer pro Tausend bezahlt zu werden. Darin liegt ein großer Anreiz, den Kleinhandel zu umgehen, und die Folge wird sein, daß gar mancher Zigarrenhändler seine selbständige Existenz wird aufgeben müssen. Nun ist freilich nicht unsere Aufgabe, die Interessen der selbständigen Kleinhändler zu wahren, aber es ist nicht uninteressant, daß die Regierung, die ihre große Liebe für den Mittelstand nicht oft und laut genug beteuern kann, auf diese Weise selbst einer großen Schicht des Mittelstandes das Grab gräbt.

Wichtiger sowohl für uns, als auch für die gesamte Volkswirtschaft ist das Los der Arbeiter, und dieses zu verschlechtern, würden in der Tabaksteuervorlage eine ganze Reihe Momente zusammen. Nicht nur, daß die Steuer überhaupt angetan ist, den Tabakarbeitern die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, und damit deren niedrige Lebenshaltung noch weiter zu drücken, diese Wirkung wird noch erhöht, durch die Art, in welcher die Steuer erhoben wird. Die Vorlage enthält hierüber eine Reihe recht komplizierter Vorschriften, auf die näher einzugehen, mir uns versagen müssen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Gesetz auch den Inhabern von Kleinbetrieben und den Heimarbeitern Verpflichtungen auferlegt, die diese zu erfüllen kaum in der Lage sein werden. So dürfte die Tabaksteuervorlage mit dazu beitragen, daß sich die Tabakindustrie immer mehr in der großen Fabrik konzentriert. Die Einschränkung der Heimarbeit in der Tabakindustrie wäre ja an sich kein Nachteil, aber die Masse der Arbeiter, die in der Zigarrenheimarbeit ihr tägliches Brot verdienen, müssen diese Brotlosmachung auf das schmerzhafteste empfinden.

Von den Tabakinteressenten ist eine lebhafteste Agitation gegen das Tabaksteuergesetz eingeleitet worden. Nicht nur

im Interesse der Konsumenten, sondern vor allem mit Rücksicht auf die armen Arbeiter der Tabakindustrie wäre dringend zu wünschen, daß diese Agitation von Erfolg gekrönt wird.

Die Lage der Sägearbeiter in Bayern.

Einer Anregung des Münchener Gartages unseres Verbandes zufolge, die von unseren Gauvorständen in München, Nürnberg und Frankfurt a. M. lebhaft unterstützt wurde, hat die bayerische Regierung im Jahre 1907 durch ihre Fabrikinspektoren eine Erhebung über die Lage der Sägearbeiter in Bayern vornehmen lassen. Das Ergebnis dieser Enquete wird in den vor einiger Zeit veröffentlichten Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907 mitgeteilt; leider nicht, wie bei früheren Arbeiten ähnlicher Art, im Zusammenhang, so daß es sehr schwer gemacht ist, aus der Veröffentlichung, einen Überblick über die Lage im Sägewerbe zu gewinnen. Wir wollen zu Ruh und Traumen unserer Kollegen die wichtigsten Tatsachen aus den Ergebnissen dieser Erhebung im Zusammenhange hier wiedergeben und würdigen.

Im Jahre 1907 waren der Gewerbeinspektion in Bayern 3121 Sägewerke unterstellt. Meist handelt es sich hierbei um kleinere Sägewerke, deren Verhältnisse im ganzen ziemlich einfach gelagert sind. Meistens dient Wasser als Betriebskraft, selten ist Dampfkraft oder ein anderer Motor in Reserve vorhanden. Die Sägen werden entweder selbständig betrieben oder sie sind Nebenanlagen von Getreidemüllern oder anderen Betrieben. Die Einrichtung ist gewöhnlich sehr primitiv und beschränkt sich auf das Triebwerk, ein einfaches Sägegatter und einer Brettersaumsäge, höchstens noch einer Abfallkreissäge. Mehrere Rollgatter und andere Maschinen für Holzbearbeitung befinden sich in der Regel nur in größeren Sägewerken.

In den 3121 Sägewerken, welche im Jahre 1907 der Gewerbeaufsicht unterstellt waren, wurden insgesamt 12 955 Arbeiter beschäftigt. Davon waren 513 oder 4 Proz. jugendliche Arbeiter und 323 oder 2,5 Proz. erwachsene Arbeiterinnen. Revidiert wurden im Jahre 1907 1128 oder 86,1 Proz. der vorhandenen Anlagen mit zusammen 5506 oder 68 Proz. der überhaupt in den Sägewerken beschäftigten Arbeiter, darunter 351 jugendliche Arbeiter und 208 Arbeiterinnen. Also zwei Drittel der Anlagen und gerade die kleineren der Kleinsten, in denen erfahrungsgemäß die elendesten Arbeiterverhältnisse anzutreffen sind, wurden durch diese Erhebung nicht erfasst. Man kann das nur bedauern, weil durch diese Beschränkung der Wert der ganzen Erhebungen recht erheblich beeinträchtigt wird.

Im Bezirk Oberbayern sind auf den kleinen ländlichen Stammholzsägen lange Arbeitszeiten vielfach üblich. Den Grund hierfür erblickt der Aufsichtsbeamte in der möglichen Ausnützung der vorhandenen Wasserkraft. Wassermangel und Hochwasser, Frost und Eisgang, manchmal auch Holzangel, bedingen ohnedies mannigfache, mitunter monatelange Betriebsunterbrechungen oder -Einschränkungen. In der übrigen Zeit wird dann vielfach von früh morgens bis in die ganze Nacht hindurch gearbeitet, zumeist nur mit den durch den Betrieb sich ergebenden Pausen. Bis zu 14-, 15- und 16-stündige Arbeitszeiten sind da nichts seltenes. Auf dem mittleren und größeren Sägen mit Wasserbetrieb wird gewöhnlich ununterbrochen mit Schichten von 12 und mehr Stunden geschritten; in den Dampfsägen beträgt die Arbeitszeit in der Regel 10 bis 11 Stunden, wobei jedoch die Säger häufig einige Ueberstunden machen, da auch hier der maschinelle Betrieb infolge Verwendung von Abfallholz als Brennmaterial verhältnismäßig wenig kostet. Immerhin währt aber in den fabrikmäßigen Betrieben die Arbeitszeit der Säger nur vereinzelt über 18 Stunden.

Im Bezirk Niederbayern gelangten 185 Sägewerke mit 1814 Arbeitern zur Besichtigung, von denen eine geringere und die bis 10stündige Arbeitszeit hatten 93 Betriebe mit 475 Arbeitern, eine 10- bis 12stündige Arbeitszeit 67 Betriebe mit 804 Arbeitern, eine 12- bis 14stündige Arbeitszeit 14 Betriebe mit 143 Arbeitern, eine solche bis zu 15 Stunden 31 Betriebe mit 55 Arbeitern, eine solche bis zu 16 Stunden 22 Betriebe mit 56 Arbeitern, eine über 16- bis 17stündige 18 Betriebe mit 81 Arbeitern. In der Regel ändert in Betrieben mit nur einem Arbeiter dieser seine Arbeitszeit mit der Zu- oder Abnahme der Tageslänge; in anderen Wasserlägen mit 2 oder mehr Arbeitern sind solche in Tag- und Nachtschichten, in Dampfsägen meist nur im Tagesbetrieb tätig. Wenn nach Meinung des Aufsichtsbeamten angesichts der mehrfach auftretenden Pausen in solchen Anlagen eine 12stündige Arbeitszeit noch als

geeignet erscheinen kann, so muß doch die darüber hinausgehende Arbeitszeit für 85 Anlagen mit 885 oder 20,7 Proz. der darin angetroffenen Arbeiter als gesundheitsgefährdend angesehen werden.

In der Pfalz wurden 101 Betriebe mit 791 Arbeitern gezählt, von denen 75 mit 704 Arbeitern revidiert wurden. 43 Werke arbeiten ausschließlich mit Dampf, 46 ausschließlich mit Wasser, 12 haben gemischten Betrieb. Die Arbeitsgelegenheit ist ziemlich regelmäßig; bei Eisgang oder sonstigen Störungen des Betriebes werden die Arbeiter anderweitig beschäftigt (mit Waldarbeiten usw.). Die Arbeitszeit ist fast ausnahmslos 11stündig. In den kleinen Betrieben richtet sich dieselbe nach den Wasser-Verhältnissen. Ueberarbeit ist nicht selten.

In der Oberpfalz sind nach den Erhebungen 610 Sägewerke, und zwar 117 reine Sägewerke und 493 Sägereien, die mit einer Getreidemühle verbunden sind, vorhanden. Von letzteren waren in 128 Betrieben 211 gewerbliche Arbeiter beschäftigt, dagegen belief sich die Arbeiterzahl in den 48 fabrikmäßigen Betrieben auf 1866, in den 69 Motorbetrieben, welche mit Nebenbetrieben nicht verbunden sind, auf 176. Von den 610 Betrieben wurden 160 oder 26,2 Proz. beschäftigt, von denen 43 als Betriebskraft Dampf, 12 Dampf und Wasser, 2 Elektrizität, 1 Benzin und Wasser und 102 Wasserkraft hatten. In den größeren Sägewerken mit 5 und mehr Arbeitern, ferner in 29 kleineren beginnt die Arbeit in der Regel früh 6 Uhr und endet abends 6 oder 7 Uhr, wobei fast allgemein für die am Sägegatter beschäftigten Arbeiter mittags 1 Stunde, für die übrigen Arbeiter vor- und nachmittags noch 1/2 Stunde Pause festgesetzt ist. In den Vorabenden der Sonn- und Festtage endet die Arbeitszeit für alle männlichen erwachsenen Arbeiter um 6 Uhr, nur in 5 Sägewerken ist der Arbeitschluß auf 5 1/2 Uhr festgelegt. In kleineren Sägewerken ist oft eine geregelte Beschäftigungsdauer nicht eingeführt; hier richtet sich dieselbe nach der Zufuhr vom Rohmaterial und nach der zur Verfügung stehenden, meist schwankenden Wasserkraft, welche letztere nicht selten zu längeren unfreiwilligen Arbeitspausen Anlaß gibt. Die Zeitdauer, während welcher die Sägewerke in Betrieb erhalten werden, richtet sich nach der vorhandenen Betriebskraft, dem mehr oder minder ausgedehnten Handel, welcher mit der geschnittenen Ware getrieben wird, bei Lohnschneiderei nach dem vorhandenen Kundenkreis. Das für Lohnschnitt bestimmte Holz wird im Winter gefällt und mit Beginn des Frühjahres den betreffenden Sägen zugeführt. Von den beschäftigten Schneidesägen werden 17 nur 6 bis 8 Monate, 48 nur 3 bis 4 Monate, 25 nur 4 bis 8 Wochen betrieben, während die übrigen das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind. Arbeitszeitverkürzungen sind im Berichtsjahre nicht eingetreten.

In Unterfranken wurden in 131 Sägewerken 248 Säger und 469 Tagelöhner, insgesamt 717 Arbeiter beschäftigt. Beschäftigt wurden 72 Betriebe (54,9 Proz.) mit 583 Arbeitern (74,3 Proz.). In 43 Betrieben wurde die tägliche Arbeitszeit auf 10, in 4 Betrieben auf 10 1/2, in 56 Betrieben auf 11, in 12 Betrieben auf 11 bis 12 Stunden, und in 16 Betrieben eine solche von unregelmäßiger und unbestimmter Dauer festgesetzt. Die Arbeit wird ziemlich allgemein durch eine 1/2stündige Vor- und Nachmittagspause sowie eine einstündige Mittagspause unterbrochen. Ein regelmäßiger Schichtwechsel der Tag- und Nachtschicht wurde in 4 Betrieben, Ueberarbeit und in vorübergehender Weise auch Nacharbeit wurde in 18 Betrieben festgesetzt.

(Fortsetzung folgt)

Zur Entstehung der christlichen Gewerkschaften.

(Schluß)

Man war sich in ultramontanen Kreisen wohl bewußt, daß etwas geschehen müsse, um den katholischen Arbeitern den Weg ins sozialistische Lager zu verlegen; man sah ein, daß ihrem Organisationsbedürfnis Genüge geleistet werden müsse, aber man schwankte hin und her, in welcher Weise das zu geschehen habe. So begegnete man unter anderem auch der Ansicht, daß es genüge, in den bestehenden Gewerkschaften den sozialdemokratischen Einfluß zu brechen und ihn durch christlichen Geist zu ersetzen. In dieser Beziehung war 1891 in einer katholischen Korrespondenz zu lesen:

„Es hängt für die Lösung der Arbeiterfrage alles davon ab, wie die Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt, ob friedlich oder revolutionär. Das aber hängt weiter davon ab, wie die Regierungen und die Arbeitgeber sich zu den Gewerkschaften stellen werden, ob freundlich oder feindsüchtig. Man möge die Zeichen der Zeit erkennen. Es gilt den gewaltigen Einfluß, den die Sozialdemokratie in richtiger Würdigung der Gewerkschaftsbewegung namentlich in Deutschland auf dieselbe gewonnen hat, zu brechen und eine auf christlich monarchischer Grundlage beruhende Organisation der Gewerkschaften anzubahnen. Freilich, ein schwieriges Werk, aber des Schweißes der Fröhen wert. Die Gewerkschaften sind unter sozialdemokratischer Führung, wie wir durchaus nicht verkennen, die größte Gefahr, unter konservativer, aber nicht engherziger Führung können sie das festeste Bollwerk der Ordnung und des zeitgemäßen Fortschrittes werden.“

Nach deutlicher Brücke sich in dieser Beziehung die „Kölnische Volkszeitung“ aus. Das rheinische Zentrumsblatt wies 1892 hin auf den Eifer, den die Sozialdemokratie der Gewerkschaftsbewegung widme, auf die vielen Versammlungen, die sie zu diesem Zwecke ohne Unterbrechung veranstaltet. „Die Schwierigkeiten — schrieb das

Blatt —, die dabei zu überwinden waren, sind wahrlich nicht gering; aber heute schon sehen wir in vielen großen Städten eine Reihe von Gewerkschaften bereits vollständig organisiert, und zwar ruht die Leitung vollständig in sozialdemokratischen Händen. Wenn von katholischer Seite der Sozialdemokratie häufig der Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre Zwecke, so beruhen wir diesen Vorwurf nicht recht. Es ist ganz naturgemäß, daß der Einfluß der Gewerkschaften derjenigen Partei zugute kommt, die sich am meisten um dieselben gekümmert hat und das ist zweifellos die Sozialdemokratie. Insbesondere hat auch die sonst so rührige Zentrumsparterie es auf diesem Gebiete sehr fehlen lassen.“

Das rheinische Zentrumsblatt wendet sich sodann gegen eine Äußerung der „Metallarbeiterzeitung“, worin den Ultramontanen der Vorwurf gemacht wird, daß sie grundsätzliche Gegner der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter seien. Dem wehrt die „Kölnische Volkszeitung“ ab: „Die Katholiken haben sich nicht der Gewerkschaftsbewegung als solche feindsüchtig gegenüber gestellt, sie haben nur — unseres Erachtens mit Unrecht — untätig zugegesehen, wie dieselbe mehr und mehr in das sozialdemokratische Fahrwasser geraten ist; sie haben dann über diese Tatsache Klage geführt, anstatt rechtzeitig darauf Bedacht zu nehmen, dieselbe zu verhindern. Auf keinem Gebiete ist mehr versäumt worden, als auf diesem — ein Versäumnis, das sich früh oder später schwer rächen muß, wenn nicht bald auf wirksame Abhilfe Bedacht genommen wird.“

Um nun „der an sich berechtigten Gewerkschaftsbewegung ihren sozialdemokratischen Charakter zu nehmen“, hält das rheinische Zentrumsblatt es für geboten, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter sich an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen. Dazu sei es erforderlich, daß tüchtige, außerhalb der Sozialdemokratie stehende Arbeiter sich der Sache annehmen; wo solche nicht vorhanden seien, müßten sie herangebildet werden. Unmöglich aber könne man die Dinge weiter wie bisher laufen lassen. Das Blatt richtet dann an den damals gegründeten Volksverein für das katholische Deutschland die Bitte, sich mit der immer dringlicher werdenden Frage zu beschäftigen, was geschehen könne, um dem sozialdemokratischen Einfluß in den Gewerkschaften ein Gegengewicht zu bieten. Man könne es den Arbeitern durchaus nicht verdenken, wenn sie sich zur Beatzung ihrer Interessen zusammenschließen, dabei brauche aber die Sozialdemokratie nicht das allein entscheidende Wort zu haben. Wenn sie es zurzeit habe, so sei das gelblich zu bebauern, aber durchaus nicht zu verhindern.

Die „Kölnische Volkszeitung“ betrachtet die Sache von einem recht nüchternen Standpunkte aus. Sie enthält sich der agitatorischen Mäßen, die nachher üblich wurden; sie redet nichts von der „Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie“, nichts von der „Verwerflichkeit des Klassenkampfes“, nichts von der „Verhöhnung der Arbeiter“ durch die Gewerkschaften, nichts von der „Unfruchtbarkeit“ der roten Partei — im Gegenteil, sie findet es ganz natürlich, daß der Einfluß der Gewerkschaften der Sozialdemokratie zugute kommt, sie will nur nicht, daß er ihr allein zugute kommt, sie will, daß das Zentrum an der Stärkung der Macht, die die politische Partei durch die Gewerkschaften erlähdet, teilnehme und darum soll das Zentrum versuchen, Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Das Blatt sagt die Sache vom rein politischen Standpunkte aus. Später erst, als das Zentrum an die Gründung eigener Gewerkschaften ging, als es der agitatorischen Schlagwörter bedurfte, um die parteipolitischen Beweggründe seines plötzlichen Organisationseifers zu verdeutlichen, erst da kam das Geschrei auf, von der Religionsfeindschaft, der Vaterlandslosigkeit der unfruchtlichen Gewerkschaften, und Hunderte von christlichen Agitatoren schmetterten die Verfluchungen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, die sie in M. Gladbach gelernt hatten, in die Welt hinaus — zur größeren Ehre des Zentrums, das als Treiber der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Hintergrund stand.

Wie die Äußerungen der „Kölnischen Zeitung“ erkennen lassen, glaubte man damals im Zentrum, den sozialistischen Einfluß in den Gewerkschaften durch Einführung christlicher Elemente brechen zu können. Das war auch die Ansicht der „christlich-sozialen Blätter“, die sich um jene Zeit (1892) wie folgt äußerten: „Eintritt der christlichen Arbeiter in die bestehenden Verbände, von denen diese neutral sind oder, wo zu hoffen ist, daß es gelingt, den sozialistischen Einfluß in ihnen zu brechen: Gründung christlicher Organisationen, wo andere noch nicht bestehen oder die bestehenden völlig und unwiderbringlich dem sozialistischen Geiste verfallen sind. Allerdings verheißt sich das Blatt nicht, daß gegenwärtig für die Arbeiter Sozialdemokratie und Gewerkschaft dasselbe bedeute, und dagegen werde schließlich durch Gewerksvereine auf christlich-konservativer Grundlage etwas auszurichten sein. Wenn dennoch ein Vorgehen „bis zu einer gewissen Grenze“ zu empfehlen sei, so gehehe das lediglich, um den in katholischen Gegenden noch vorhandenen Scharen von Unentschiedenen jeden Vorwand zugunsten der Sozialdemokratie abzuschneiden. Die Lage sei bereits derart, daß die Entscheidung über die Stellung der Gewerksvereine sehr schwer sei. Das Blatt entscheidet sich schließlich dahin, „daß da, wo die Inangriffnahme einer solchen Vereinsbildung eine begründende Gefahr der Ansteckung der Vereinsmitglieder mit sich führt, unbedingt diese Vereinsbildung zu

unterlassen, dagegen das katholische Vereinswesen desto eifriger zu unterstützen ist.“

Man sieht, den ultramontanen Gewerkschaftsgründern ging das Partei- und Kircheninteresse über alles. Lieber gar keine Organisation, als die katholischen Arbeiter der Gefahr der „Ansteckung“, das heißt dem „Verlust“ für das Zentrum auszusetzen. Sehr zaghaft ist man dann nach vieljährigen Ueberlegen an die Gründung von christlichen Organisationen herangegangen, und zwar durch Einrichtung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen nach den Vorschlägen von Sijé. Diese Fachabteilungen erwiesen sich sehr bald als völlig unbrauchbar, auch fürchtete man wohl durch derartige wirtschaftliche Gruppierungen, Zwiespalt in die konfessionellen Organisationen zu bringen. Im Ruhrrevier kam es zur Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes, der wegen der konfessionell gemischten Bevölkerung des dortigen Gebietes sich notgedrungen auf interkonfessioneller Grundlage gestalten mußte, und nach diesem Muster sind dann nach und nach die übrigen christlichen Gewerkschaften entstanden. Dem Zentrum war an der Interkonfessionalität in Gegenden, wo es mit dem Liberalismus und der Sozialdemokratie zu tun hatte, aus dem Grunde gelegen, weil es dadurch dem Verdacht zu entgehen hoffte, daß die christlichen Gewerkschaften ultramontane Unternehmungen seien. Im übrigen weiß man, daß zahlreiche Kreise des Zentrums, namentlich aber die kirchlichen Obrigkeiten (Zuldaer Pastorate der preussischen Bischöfe) von der Interkonfessionalität nichts wissen wollten; die Gründung der katholischen Fachabteilungen (Berliner Richtung) und ihre Begünstigung durch die Bischöfe beweist, daß nach wie vor im kirchlichen Lager die Gewerkschaftsbewegung scheinbar angesehen wird.

Staatliche und kommunale Arbeitslosenfürsorge.

III.

Außer den Erhebungen über die Arbeitslosigkeit, die auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtags in Bayern vorgenommen werden sollen, haben bereits eine ganze Anzahl deutscher Städte für diesen Winter Zählungen der Arbeitslosen verbrottet; werden solche Zählungen jedoch in acht bürokratischer Weise von den Behörden selbst vorgenommen, so ist die Gewinnung eines zuverlässigen Resultates ziemlich ausgeschlossen. Sollen solche Zählungen gründlich sein, so können sie nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen vorgenommen werden. An eigentlichen Ziffern zur Beurteilung des Umfangs und der Größe der Arbeitslosigkeit fehlt es heute keineswegs mehr, da sind die regelmäßigen Erhebungen in den deutschen Gewerkschaftsorganisationen; die Erhebungen, die das Reichsstatistische Amt seit Jahren mit Hilfe der Gewerkschaften vornimmt. Ebenso bieten die Ausweise der Krankenkassen über deren Mitgliederbewegung und die Berichte der Arbeitsnachweise, welche regelmäßig im „Reichsarbeitsblatt“ zur Darstellung gelangen, ein nicht zu unterschätzendes Material zur Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes. Die einzelnen kommunalen Arbeitslosenzählungen bekommen jedoch nur dann weitergehenden Wert, wenn sie gleichzeitig die Grundlage bilden sollen zu Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Solche Maßnahmen erstreckten sich bisher auf die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten im Winter und die Inangriffnahme von außerordentlichen Arbeiten, von sogenannten Notarbeiten und die materielle Unterstützung der Arbeitslosen.

Die Bereitstellung von Arbeiten in der Krisenzeit seitens des Staates und der Gemeinden geschah bisher wohl weniger aus dem Grunde, damit Maßnahmen zur Linderung eines sozialen Notstandes zu treffen, als vielmehr um in solchen Zeiten seitens der Privatindustrie billigerer Preise zu erhalten. Der Nutzen, den sich hierbei die Behörden verschaffen, wird in der Hauptsache nur auf Kosten des Verdienstes der Arbeiter erzielt, sofern sie nicht instande sind, mit Hilfe ihrer Organisationen sich vor ein Gerabdrücken der Löhne in der Krise zu schützen. Bei planmäßiger Regelung der Inangriffnahme kommunaler und staatlicher Arbeiten ließe sich gerade auf diesem Gebiete eine wirksame Tätigkeit entfalten. Bis jetzt folgten die Gemeinwesen zum größten Teile dem Verlaufe der Wirtschaftperiode. Bei flottem Geschäftsgang hatten diese auch höhere Einnahmen, öffentliche Arbeiten in größerem Umfange wurden übernommen. Die oft wahnwitzige Hauspekulation drängte rasch emporkommende Städte förmlich zu einer Beschleunigung der Durchführung öffentlicher Arbeiten, so daß oft mehr Arbeiten ausgeführt wurden, als das Budget betragen konnte. Verringerten sich in schlechten Zeiten die Einnahmen, wurde der Geldmarkt knapp, dann stand man vor einer äußerst gespannten Finanzlage, die öffentlichen Arbeiten wurden eingeschränkt, Arbeiterentlassungen aus städtischen Betrieben erfolgten, die Situation wurde hierdurch anstatt gemildert, nur weiter verschärft. Im höchsten Falle konnte man sich dann zu sogenannten Notstandsarbeiten entschließen, die nicht nur das Ausschicken von Almosen hatten, bei denen vielfach auch oft Löhne bezahlt werden, die an Almosen erinnern. Unterschiedlos wurden dann die sich meldenden Arbeitslosen zu Wasser-, Erd- und Straßenbauten dirigiert, ohne Rücksicht auf deren bisherige gewerbliche Tätigkeit und Körperkonstitution; Arbeiter, die sonst in warmen Fabrikräumen arbeiteten, wurden bei grimmigstem Kälte zu Erd- und Wasserarbeiten verwendet, die Not trieb die Leute dazu, solche „Notstandsarbeiten“

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Elektrikern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Böhlen in Thüringen, Dessau (Pußei), Jena (Grove), Svinemünde, Worms, Basel, Bern in der Schweiz, Budapest, St. Louis in Frankreich;

Mobellackern nach Triest;

Korbmachern nach Fürstenberg a. Od., Guben, Schönebeck a. Elbe (Hildebrand).

Matiermachern nach Berlin (Vogt u. Voigt, Warschauer Straße), Zürich.

Sägern nach Büdinghausen i. Westf. (Mierhoff);

Bodenlegern nach Berlin.

anzunehmen. Krankheit, Siedtum sind in vielen Fällen die Folgen solcher Fürsorge.

Derartig schablonenhafte Maßnahmen müssen auf das entschiedenste bekämpft werden, desgleichen die Vergabung solcher Notstandsarbeiten in Subvention, um zu verhindern, daß nicht Unternehmer noch aus solchen Notlagen Gewinn ziehen. Solche Arbeiten müssen vielmehr seitens der Staats- und Gemeindebehörden in eigener Regie durchgeführt werden, und es müssen im Interesse der Allgemeinheit die tariflichen Löhne und Arbeitsbedingungen hoch gehalten werden. Allerdings bringen solche Winterarbeiten einen bedeutenden Mehraufwand über die normalen Ausgaben mit sich. So teilte Dr. R. Singer in einem Gutachten an den Magistrat München (Februar 1903) mit, daß die Stadt Mannheim bei solchen Arbeiten im Gesamtbetrage von 120 400 Mk. einen Mehraufwand von rund 29 500 Mk. (zirka 25 Proz.) zu verzeichnen hatte, für Elberfeld, Warmen, Chemnitz wird der Mehraufwand gleichfalls auf 20 bis 25 Proz., für Essen, Frankfurt am Main, Offenbach, München sogar auf 30 bis 50 Proz. der regelmäßigen Herstellungskosten angegeben.

In München weiterten sich Terrainbesitzer bei Herstellung eines Straßenzuges als Notstandsarbeiten die etwa 30 000 Mk. betragenden Mehrkosten über den sonst üblichen Betrag der Straßenherstellungskosten zu entrichten. Es ist daher in guter Konjunktur schon für Inangriffnahme größerer Arbeiten während der schlechten Geschäftslage Vorkehrung zu treffen, ferner aber dafür, daß Einrichtungen geschaffen werden zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, wie solche in den letzten Jahren von sozialdemokratischen Vertretern in den Stadtparlamenten vielfach gefordert wurden.

Wo ernsthafte Versuche gemacht wurden, die Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage durchzuführen, sind solche meist mit den Gewerkschaften gemeinsam gemacht worden, und zwar kam dabei in erster Linie das Genetere System zur Anwendung. Der bei weitem größten Erfolg hat dieses System in der Stadt Gent selbst erzielt.

Im Jahre 1899 wurde dort eine gemeindliche Spezialkommission von 22 Mitgliedern zum Studium der Frage der Arbeitslosigkeit eingesetzt, zu deren Vorsitzenden Louis Warlez, Advokat am Genetere Appellhof, bestimmt wurde.

Die von der vorgenannten Kommission ausgearbeiteten und im Gemeinderat am 29. Oktober 1900 mit 32 gegen 1 Stimme und einer Stimmenenthaltung angenommenen Vorschläge knüpfen an die schon bestehenden Einrichtungen an und suchen dieselben zu verbessern und zielen andererseits, um nicht einseitig die Gewerkschaften zu begünstigen, darauf ab, auch den nicht organisierten Arbeitern Zuwendungen im gleichen Verhältnisse zu machen.

Der Grundgedanke der Genetere Arbeitslosenversicherung ist folgender:

1. Um die Unterstüßungen der Gewerkschaften zu erhöhen, sollen diesen Subventionen in bestimmter Weise zugestimmt werden;
2. für die nicht organisierten Arbeiter soll die von Schanz empfohlene Sparanstalt benützt und solchen gesperrten Sparfonds Subvention in gleichem Maße wie den Syndikaten zugewandt werden.

Der Betrag der Subventionen des Gemeinderates wurde zunächst auf 10 000 Frank für das Jahr 1901 festgesetzt.

Für den Arbeitslosenfonds sind maßgebend:

1. Das Statut (Bericht von Warlez, Beilage 2);
2. die Geschäfts- und Dienstordnung für die Arbeitslosenversicherung, und zwar speziell die Unterstüßung der Syndikate (Bericht Warlez, Beilage 3); dann
3. die Bestimmungen für den Sparfonds gegen die Arbeitslosigkeit.

Während im Jahre 1901 eine städtische Subvention von 10 000 Frank geleistet wurde, wurde dieser Betrag im Jahre 1902 auf 15 000 Frank und im Jahre 1903 auf

20 000 Frank erhöht. Die Kasse war im Jahre 1901 provisorisch auf drei Jahre eingerichtet worden. Am 22. Februar 1904 beschloß der Genetere Gemeinderat einstimmig die definitive Einrichtung des Arbeitslosenfonds unter Einbeziehung der Vororte Libeberg, Mont-St.-Amand und Gentbrugge. Das bisherige Statut wurde in der Hauptsache beibehalten. Die von dem Fonds geleisteten Zuschüsse werden allmonatlich in ihrem Prozentfusse festgesetzt und hierbei auch gewisse Unterschiede nach der Art der Arbeitslosigkeit gemacht. Im äußersten Falle wurden 100 Proz. der von den Gewerkschaften geleisteten Unterstüßungsgelder als Zuschüsse bezahlt.

Im ganzen empfingen während der Jahre 1901 bis 1903 in Gent 4910 Arbeiter während 25 Monaten Unterstüßungen des Fonds. Die Gesamthöhe dieser Zuschüsse betrug 36 964 Frank, dazu kommen Unterstüßungen der Gewerkschaften in Höhe von 83 882 Frank, zusammen 120 846 Frank. Das Verhältnis der Leistung der Verbände zur Leistung der Gemeinde stellte sich in den Jahren wie folgt:

Es betrug die eigene Leistung der Verbände im Jahre 1901 74,8 Proz., 1904 62,7 Proz., 1905 66,3 Proz. Der Zuschuß der Gemeinde in diesem Jahre 25,2 Proz., 37,3 Prozent und 33,7 Proz. Soweit der Arbeitslosenfonds in Betracht kommt, löst dieses System auch die Kontrollfrage am glücklichsten: Die Gemeinde zahlt nur Zuschuß, soweit der Verband selbst Unterstüßung zahlt und ist daher auch diesem die Arbeitslosenkontrolle überlassen. So erfolgreich sich hier die Zuschußleistung zu den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstüßungen erwies, so wenig Erfolg hatte das zur Ergänzung eingeführte System der Zuschüsse zu Sparguthaben an nichtorganisierte Arbeiter. Im Jahre 1903 beteiligten sich nur 13 solcher Arbeiter an dieser Einrichtung.

Die Zahl der im Jahre 1906 nach Genetere Vorbild in Belgien bereits sich in Tätigkeit befindlichen Arbeitslosenfonds war 14 mit 25 daran angeschlossenen Gemeinden und 220 Berufsvereinen. Unterstützt wurden aus diesen gemeindlichen Fonds im selben Jahre 5019 Arbeitslose für 71 969 entschädigte Tage mit 46 663 Frank. Auf die Holz- und Möbeldindustrie entfallen hierbei 44 Berufsvereine. Der gemeindliche Zuschuß betrug 1906 im Verhältnis zu dem von den Berufsvereinen gezahlten Betrag 52 Proz. Daneben bestehen noch Provinzialfonds in den Provinzen Antwerpen, Genuat, Ostflandern und Lüttich, die zwar keine Arbeitslosenfonds haben, sondern Einrichtungen beihilfen den Berufsvereinen gewähren, welche Arbeitslosenfonds gründen wollen. Für 1906 waren hier zusammen 18 500 Frank bereitgestellt worden.

In Deutschland ist bis jetzt nur in Straßburg eine kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem sogenannten Genetere System eingeführt. Die Ausgaben beliefen sich hierfür im Jahre 1907 auf 5000 Mk. Hier von wurden Zuschüsse in Höhe von 50 Proz. der Summe, die der Arbeitslose von der Gewerkschaft erhält, bezahlt. Im Jahre 1907 haben 12 Gewerkschaften für 153 Mitglieder 1889 Mk. für 2618 Unterstüßungstage seitens der Stadtverwaltung erhalten.

Die Arbeitersekretäre über die Krankenversicherung.

Die Tätigkeit des Arbeitersekretariats erstreckte sich in dem Bereiche der Krankenversicherung, insoweit Ortskrankenkassen in Betracht kommen, hauptsächlich auf die Ausbesserung der durch bestehende Differenzpunkte bedingten durch telefonische Aussprache beseitigt werden. Handelte es sich um auswärtige Ortskrankenkassen, so genügte vielfach ein einmaliger Schriftwechsel, um bei bestehenden Differenzen eine angemessene Regelung herbeizuführen. Schwieriger gestalteten sich bereits die Auseinandersetzungen mit den Betriebs- und Innungs-Krankenkassen. Bei den Betriebskrankenkassen treten hauptsächlich dann Streitigkeiten ein, wenn Mitglieder, die aus dem Betriebe entlassen und erkrankt sind, ihre Rechtsansprüche geltend machen. Die kleinen Innungskassen sind häufig wenig leistungsfähig und suchen sich aus diesen Gründen möglichst von ihren Verpflichtungen zu entlasten. Es mußten daher häufig die Aufsichtsbehörden zum Einschreiten veranlaßt werden. Vielfach entstanden auch Streitigkeiten in bezug auf die Rechtsansprüche der Arbeiter an die Gemeindefrankenversicherung. Endlich war mit den freien Hilfskassen manche Streitfrage zu schlichten.

So berichtet das Arbeitersekretariat München und ganz ähnlich lauten die Berichte fast aller anderen Arbeitersekretariate. Das Arbeitersekretariat in Magdeburg weist in seinem Bericht darauf hin, daß die Praxis der Unfall- und Invalidenversicherung immer arbeiterfeindlicher wird. Bei der Krankenversicherung heißt es dann in dem Bericht weiter: Kann über eine solche Erfahrung erfreulicherweise nicht berichtet werden. Das liegt zum größten Teil an dem Selbstverwaltungsrecht, das die Versicherten bei den wichtigsten und leistungsfähigsten Krankenkassen ausüben. Diese wohlthätige Wirkung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter übt ihren Einfluß selbst auf solche Kassen aus, die nach dem Krankenversicherungsgesetz der Selbstverwaltung der Arbeiter nicht unterliegen. Zur vollen Geltung kann das Selbstverwaltungsrecht nur bei den Ortskrankenkassen gelangen. Und hier macht sich der Erfolg geradezu in großartiger Weise bemerkbar. Das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter hat die Krankenversicherung zu einer wirklich leistungsfähigen und vollstündlichen Einrichtung gemacht.

Es gilt darum, dieses Selbstverwaltungsrecht mit allen Kräften zu verteidigen und es dort zu fordern, wo es ebenfalls seinen segensreichen Einfluß ausüben kann.

Jedoch zeigt sich hier und dort — wenn auch viel seltener als in der Unfall- oder Invalidenversicherung — ein arbeiterfeindlicher Zug in der Verwaltung der Ortskrankenkassen. Dies wäre, hebt mit Recht das Arbeitersekretariat in Krefeld hervor, nicht möglich, wenn die Arbeiter bei den Vertreter- und Vorstandswahlen in diesen Kassen immer das nötige Interesse betätigten. Leider kümmern sich viele Arbeiter um diese Wahlen nicht. Wenn die Arbeiter mit Beschwerden über die Geschäftsführung einer Ortskrankenkasse kommen, hat das Arbeitersekretariat ihnen stets vor Augen halten müssen, daß sie selbst mit Schuld an der arbeiterfeindlichen Praxis der Krankenkasse haben, da sie es versäumt, bei der Wahl ihren Einfluß auf die Gestaltung des Vorstandes zur Geltung zu bringen. Doppelt und dreifach not tut es aber, aufrechte Arbeiter in den Vorstand der Krankenkasse zu entsenden, weil die Kassenvorstände die Mitglieder der unteren Verwaltungsbehörde und der Schiedsgerichte und indirekt des Reichsversicherungsamts wählen.

Ein schwerer Mißstand in der Krankenversicherung, der nicht nur ungenügende Leistungen mancher Kassen für die kranken Arbeiter verschuldet, sondern auch zu vielen Streitigkeiten führt, ist die Zersplitterung der Krankenversicherung. In Berlin zum Beispiel zählt das dortige Arbeitersekretariat außer den Ortskrankenkassen nicht weniger als 54 Betriebs- (Fabriks-) Krankenkassen. Unter ihnen befinden sich Zwerghassen mit 177, 116, 154, 47, 137, 167, 123, 173, 145, 142 Versicherten. Auch die 19 Innungskrankenkassen dort weisen ähnliche Zwerghassen auf. Dem entsprechen dann die Leistungen. So beträgt das Krankengeld bei 8 von den 18 Innungskrankenkassen weniger als 2 Mk., 2 Kassen zahlen nur 1,50 Mk., je eine sogar nur 1,25 Mk., 130 Mk. und 1,25 Mk. als höchstes Krankengeld für erwachsene männliche Arbeiter. Noch weit erbärmlicher sind die Krankengelder für weibliche und jugendliche Personen. Ueber die Mindestzeit der Fürsorge für 26 Wochen Krankheitsdauer gehen nur 3 Innungskrankenkassen hinaus.

Ein Schmerzpunkt für die Arbeiter sind aber, so zu lesen in dem Bericht des Arbeitersekretariats in Bielefeld, die Betriebskrankenkassen. In sehr vielen Betrieben mit Betriebskrankenkassen müssen sich die arbeitssuchenden Personen einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Wenn ein solcher Arbeiter nicht als vollständig gesund befunden wird, lautet die Antwort, daß er Arbeit erhalten könne, er müsse sich aber auf Grund des § 3a, 1 des Krankenversicherungsgesetzes von der Versicherungspflicht befreien. Nach diesem Paragraphen sind „auf ihren Antrag . . . Personen, welche infolge von Verletzungen, Gebrechen, chronischen Krankheiten oder Alter nur teilweise oder nur zeitweise erwerbsfähig sind, von der Versicherungspflicht zu befreien, wenn der unterstützungspflichtige Armenverband der Befreiung zustimmt“. Diese „befreiten“ Arbeiter sind also in der Zeit einer Krankheit einzig und allein auf die Armenunterstützung angewiesen. In Bielefeld ist das Verfahren besonders bei der bekannten Firma Dürrkopf beliebt. Arbeiter, die jahrelang dort beschäftigt waren, die infolge ihrer Beschäftigungsweise, zum Beispiel als Schleifer, lungenkrank geworden sind und denen von der Landesversicherungsanstalt ein Heilverfahren bewilligt wurde, müssen nach ihrer Entlassung aus der Heilstätte die Erfahrung machen, daß sie zwar wieder Arbeit in dem Betriebe erhalten können, aber Mitglied der Betriebskrankenkasse dürfen sie nicht werden. Sie müssen sich erst der Armenpflege überliefern, bevor sie zur Arbeit zugelassen werden.

Wie oft, heißt es in dem Bielefelder Bericht weiter, kommen Arbeiter zu uns, die in dieser Weise behandelt werden, und wir können ihnen nur immer den Rat geben: bekümmere dich in gesunden Tagen mehr um eure Krankenkasse, damit ihr in kranken Tagen genügend unterstüßt werdet. In den Betriebskrankenkassen läßt sich das leider nicht in dem Maße durchführen, wie in den Ortskrankenkassen und freien Hilfskassen. In diesen Kassen haben die Mitglieder die Möglichkeit, die Kassenleitung, die sich als unfähig zur Erweiterung der Rechte der Mitglieder erweist, durch geeignetere Personen zu ersetzen. In den Betriebskrankenkassen ist ein solches Eingreifen der Arbeiter ausgeschlossen. Denn hier liegt die Leitung der Kasse nicht in den Händen der Mitglieder, sondern in den Händen des Arbeitgebers: Dieser „errichtet“ das Kassenstatut. Er oder sein Vertreter ist der Vorsitzende im Vorstande und in der Generalversammlung. Er stellt den Rechnungs- und Kassensführer an. Er kann jeden unliebsamen Arbeitervertreter im Vorstand und in der Generalversammlung durch Entlassung aus dem Betriebe beseitigen. Eine solche Vergewaltigung der Arbeiter auf Grund des Gesetzes ist in der jetzigen Zeit ein geradezu unerhörter Zustand.

Den Schwindelfassen ist durch die Aufklärungsarbeit der Arbeitersekretariate das Feld ihrer — Tätigkeit sehr eingeengt. Wir können allen Arbeitern aber auch für die Zukunft nur raten, sich nicht mit einer fremden Kasse einzulassen, bevor sie nicht über dieselbe bei einem Arbeitersekretariat Auskunft eingeholt haben. Tritt die Kasse gar scheinbar mit Genehmigung einer Behörde auf und beruft sich auf die Kontrolle einer Behörde, dann ist doppelte Vorsicht notwendig. Denn gerade in dieser Weise treten die unverschämtesten Schwindler auf.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Die Diskussion über das persönliche Regiment hat einen Ausgang genommen, von dem niemand recht befriedigt ist. Die Geschäftsordnung des Reichstages macht es unmöglich, daß im Anschluß an eine Interpellation Beschlüsse gefaßt werden, und der Versuch, einen mit dem Gegenstand in Zusammenhang stehenden Antrag auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung zu stellen, wurde von den Mehrheitsparteien abgewehrt.

Die Reichstagsitzung am 12. November wurde eröffnet mit einer Belleidskundgebung des Präsidenten für die Opfer des schrecklichen Grubenunglücks auf der Zeche „Radbod“. Unter dem Eindruck dieses Unglücks stand die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Petition der Bergarbeiterorganisationen über die schwarzen Listen und das Ueberschichtwesen.

Auch am 13. November beschäftigte sich der Reichstag mit Arbeiterfragen. Dem Beispiel der Sozialdemokraten folgend, hatte diesmal auch das Zentrum eine Interpellation wegen der Arbeitslosigkeit eingebracht, und so wurde die Regierung von zwei Seiten nach den Maßnahmen befragt, welche sie zu unternehmen gedenkt, um den Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu steuern.

In der Diskussion über die Arbeitsloseninterpellationen spielte das Unglück auf der Zeche „Radbod“ wiederum eine große Rolle. Eingehend behandelt wurde aber der Gegenstand am 24. und 25. November, als die Interpellationen wegen dieser Katastrophe auf der Tagesordnung standen. Zuvor war die gleiche Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus behandelt worden, wo der sozialdemokratische Abgeordnete Seiner vom Minister die Zusicherung erhalten hatte, daß diejenigen Bergarbeiter, die wegen ihrer Zeugnisaussagen in der bevorstehenden Untersuchung der Ursachen des Unglücks von den Bergherren gemahregelt würden, in den staatlichen Bergwerken ein Unterkommen finden sollen.

Während der Beratung der Interpellationen kam es übrigens zu einem recht interessanten Zwischenfall. Es war auf die Gefahr hingewiesen worden, die in dem massenhaften Zugang fremdsprachiger Arbeiter nach den rheinisch-westfälischen Bergwerken liegt und dabei das Verhalten der preussischen Behörden kritisiert worden, welche den Gebrauch der polnischen Sprache in der Gewerkschaftsversammlung verbieten.

Gebrauch der polnischen Sprache in Gewerkschaftsversammlungen durchgeführt wurden. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Staatssekretär zugerufen, daß er den Reichstag planmäßig irreführt hat. Wenn der amtierende Präsident diesen Zwischenruf auch rügte, dann bleibt die Tatsache der Irreführung des Reichstags durch die Regierung trotzdem bestehen. Es ist erwiesen, daß die Freisinnigen, die den Ausschlag für die Annahme des Vereinsgesetzes gaben, diesem nicht zugestimmt hätten, ohne die Erklärung des Staatssekretärs, die dieser nun umzudeuten sucht.

Durch die Interpellation über das Grubenunglück wurde die erste Beratung der Steuervorlagen unterbrochen. Auf diese Verhandlungen näher eingegangen, können wir uns ersparen. Es ist selbstverständlich, daß die Steuerpläne der Regierung von den verschiedensten Seiten einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Auch die Mahnung des Reichstanzlers Bülow zur Sparsamkeit, mit welcher er die Vorlagen einbrachte, wurde vielfach glossiert.

Das Arbeitskammengesetz. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern ist in seiner neuen Fassung dem Reichstag nunmehr vorgelegt worden. Wir können aus dem Entwurf folgendes mitteilen: Der Gesetzentwurf sieht wieder Arbeitskammern, nicht Arbeiterkammern vor. Die landwirtschaftlichen und die Handelsbetriebe sowie die Apotheken sind ausgeschlossen. Einbezogen sind die Heimarbeiter und die Handwerker.

Arbeitslosenversicherung in Bayern. Am 17. November hat im bayerischen Staatsministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministers von Brettreich die aus Vertretern der Städte, der Arbeiterorganisationen und des Landtages zusammengesetzte Konferenz zur Vorbesprechung einer in Bayern einzuführenden Arbeitslosenversicherung stattgefunden. Das Merkmal der jetzt in den Verhandlungen vorliegenden Vorlage ist, daß die ganze Angelegenheit einer Kommission übertragen wurde, die sich aus den Vertretern der Großstädte, dem Landwirtschaftsrat und Vertretern sämtlicher Arbeiterorganisationen zusammensetzt.

„Ein Nothstand besteht nicht. Wer Arbeit finden will, findet sie. Die gelben Gewerkschaften sind gegen eine Arbeitslosenversicherung, die Arbeiter müssen sich mit dem Arbeitgeber halten.“

Bei der Wahl der die Vorarbeiten zu erledigenden Kommission widerfuhr Herrn Chatelet neues Gelingen. Die Vertreter der Arbeiter stellten sich in ihrer großen Mehrheit auf den ganz richtigen Standpunkt, daß ein Mann, der die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nicht für notwendig hält, der eine Arbeitslosigkeit fröhlichweg ablehnet, auch keinen Platz in einer Kommission haben kann, die Mittel und Wege suchen soll, den Arbeitslosen zu helfen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Frankfurt a. O. wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 20 Pf. ab 1. Dezember erteilt.

Mit Schluß des Jahres 1908 sind die im Jahre 1901 ausgestellten Mitgliedsbücher ausgebraucht, das heißt, die Markenzubrühen in denselben vollgelebt. Für diese Mitgliedsbücher werden Ersatzbücher ausgestellt. Die vollgelebten Bücher müssen Ende Dezember oder Anfang Januar von den Zahlstellenverwaltungen an die Hauptkasse eingesandt werden, worauf wir die betreffenden Mitglieder schon jetzt mit dem Ersuchen aufmerksam machen, die Beiträge bis Jahreschluß rechtzeitig zu entrichten und ihr Mitgliedsbuch alsdann an den Zahlstellenkassierer zur Ueberlieferung an die Hauptkasse abzuliefern.

Um Porto zu sparen, empfehlen wir, die vollen Bücher in der Zahlstelle zu sammeln und jeweils in größerer Zahl als Kreuzband oder Paket an die Hauptkasse zu senden. Kreuzbandsendungen dürfen nicht über 1000 Gramm wiegen und müssen den Vermerk „Geschäftspapiere“ tragen. Alle Sendungen bitten wir gut zu schnüren, um Verluste von Mitgliedsbüchern zu vermeiden.

An die Zahlstellenkassierer richten wir das bringende Ersuchen, nur solche Bücher einzusenden, welche vollständig in Ordnung sind. Die Marken müssen bis Jahreschluß gelebt, etwaige beitragsfreie Wochen müssen abgestempelt sein. Das Nationale des Mitglieds auf dem Titelblatt muß vollständig sein. Für Bücher, welche nicht vollkommen in Ordnung gebracht sind, können keine Ersatzbücher ausgestellt werden, so daß in erster Linie die Mitglieder selbst darauf bedacht sein sollten, daß ihr Buch bei der Uebergabe in Ordnung ist. Fehlende Marken müssen in jedem Falle nachgeholt werden.

In die Mitgliedsbücher derjenigen Mitglieder, welche vor dem 1. Januar 1901 eingetreten sind, muß die Gesamtzahl der Beiträge, welche das Mitglied bis Jahreschluß 1900 geleistet hatte, übertragen sein. Soweit dieser Eintrag nicht schon bei Ausfertigung des jetzigen Buches erfolgte, muß er vor Einsendung desselben jetzt nachgeholt werden.

Mit der Ausstellung der Ersatzbücher bei der Hauptkasse wird Mitte Dezember begonnen werden, so daß die Zahlstellenkassierer von diesem Zeitpunkt ab die bei ihnen abgelieferten vollen Bücher einsenden können.

Der Versand des „Almanach für das Jahr 1909“ hat bereits begonnen. Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstand sind, wollen dieselben nunmehr umgehend nachholen.

Auf die Bekanntmachung betr. die Konferenz der Holzarbeiter in voriger Nummer machen wir hierdurch nochmals aufmerksam.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 50. Wochenbeitrag für die Woche vom 6. bis 12. Dezember fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 316 441 Woleslaw Nowaki, Tischler, geb. 9. 8. 76 zu Posen. 325 484 Fritz Winter, Tischler, geb. 3. 4. 89 zu Berlin.

Berlin C. 2, Neue Friedr. 2. Der Verbandsvorstand.

Agitation in Gau Wagsburg.

„Reise und Colportage.“ Mit diesem Thema konnte die gegenwärtige Situation die politische Arbeiterentlassungen und heutige Bekämpfung der organisierten Arbeiterchaft auf der einen Seite, Unterstützung der Opfer des kapitalistischen Systems und Verteidigung der erkämpften Positionen durch den Verband auf der anderen Seite, am besten behandelt werden. Zwar blieben die von mir besuchten Orte, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, von der Krise bisher noch verschont, doch machen sich die Folgen der allgemeinen wirtschaftlichen Depression mehr oder weniger bemerkbar. Der Hinweis auf die Unternehmerrpraktiken, uns die ungünstige Konjunktur fühlen zu lassen, fand in manchen angeführten Beispielen seine Bestätigung.

Die Tour begann in Halle a. S. Diese Zahlstelle hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Die Versammlung war von 150 Kollegen besucht. In größeren Zahlstellen ist eben nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Mitglieder als Versammlungsbesucher zu rechnen.

In Witterfeld sind im Verhältnis zur übrigen Industrie nur wenig Holzarbeiter beschäftigt, doch herrscht ein guter Geist in der kleinen Truppe; auch die auswärtigen Mitglieder erschienen zur Versammlung.

In Cöthen war der Versammlungsbesuch befriedigend; eine Diskussion wurde nicht beliebt, angeblich weil in letzter Zeit Kollegen demunziert wurden. Es ist mir übrigens noch in mehreren Versammlungen aufgefallen, daß man nicht so diskussionslustig ist, wie es wünschenswert wäre.

Dies trifft besonders auch auf Bernburg zu, wo nicht anzunehmen ist, daß hierzu die geeigneten Kräfte fehlen; die Entwicklung dieser Zahlstelle zeugt von guter Leitung.

In Seimstedt wurde auch die Vertragspolitik unseres Verbandes diskutiert.

Die Zahlstelle Gardelegen ist seit 1 1/2 Jahren von 21 Mitglieder auf circa 100 angewachsen. Hier ist die Perlmutternopfindustrie vorherrschend. Trotz preiswettbewerblichen mit wenig Erfolg geführtem Streik in diesem Frühjahr halten die Anapfmacher gut zur Organisation, was auch im Versammlungsbesuch zum Ausdruck kam.

In Stendal scheint die große Eisenbahnwerkstätte den Subordinationsgeist preussischer Staatsangestellten auch auf einen großen Teil der übrigen Arbeiterschaft zu über-

tragen. Besonders ein Betrieb, die Eisenmöbelfabrik, ist unserm Verband noch völlig verschlossen. Auch in den Tischlereien gibt es noch manchen zu gewinnen. Gut organisiert sind die Vergolder, haben aber gegenwärtig flauen Geschäftsgang. Im Vergleich zu den Mitglieder- versammlungen war der Versammlungsbefuch befriedigend. Die Einzelmitglieder aus Langerhütte erschienen voll- zählig.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Langermünde. Die dortigen Werftarbeiter sind zwar gut organisiert, von den Tischlern in kleinen Betrieben nur wenige, ebenso von den vielen in der Zuckerraffinerie beschäftigten Risten- machern.

Einen guten Eindruck gewann ich von der Versammlung in Quedlinburg. Die Diskussion beriet ein leb- haftes Interesse an den Verbandsangelegenheiten. Die Tischler sind gut organisiert, von den 12 beschäftigten Bürstenmachern jedoch nur 8.

Salzstadt brachte wider Erwarten eine ziemlich gut besuchte Versammlung. Man krankt dort nämlich noch bis heute an einem 1906 verlorenen Streit. Der gewerkschaftlichen Organisation stehen auch sonstige Hinder- nisse im Wege. Immerhin sind dort auch Kräfte vor- handen, unsere Sache vorwärts zu bringen.

Blankenburg a. S. brachte ebenfalls eine gut besuchte Versammlung zustande. Der Geschäftsgang ist dort nicht ungünstig, wie in den meisten Kurorten nach der Saison.

In Wischersleben waren von 70 Mitgliedern über 40 anwesend, auch mehrere Unorganisierte, die sich auf- nehmen ließen. Den Stamm der Zahlstelle bilden hier die Modelltischler. Die Arbeitsverhältnisse in den kleineren Werkstätten scheinen nicht sehr zufriedenstellend; das rege Verbandsleben gibt Gewähr, daß das nicht immer so bleiben wird.

In Schönebeck war die Versammlung ebenfalls gut besucht.

Die letzte Versammlung, in Burg, war von über 100 Kollegen besucht. Infolge der Krise haben verschiedene Geschäfte die Arbeitszeit verkürzt oder lassen Tage und auch ganze Wochen aussetzen. Der Kampfeszustand wird jedoch der dortigen Kollegschaft dadurch nicht benommen.

Wenn nun all diese Versammlungen größere Er- wartungen hätten erfüllen können, so läßt sich doch er- freulicherweise konstatieren, daß sie durchweg besser besucht waren als die regelmäßigen Mitgliederversammlungen. Auf Unorganisierte war in den meisten Orten von vorn- herein nicht zu rechnen. Was heute noch fernsteht, muß durch Kleinarbeit gewonnen werden. In mehreren Orten ist auch Hausagitation eingeleitet. Die Verwaltung ist überall in guten Händen, und was den Zahlstellen meist zugute kommt, die gewählten Kollegen halten jahrelang auf ihrem Posten aus. Mit solchen Kräften ist es überall möglich, den in den Versammlungen geäußerten Willen: Um Ausbau der Organisation zu arbeiten, die Aufklärung und Ueberzeugung der Mitglieder zu fördern in die Tat umzusetzen, alle Kräfte zur Widerstandsfähigkeit zu sammeln und zu entwickeln, um auch in ungünstiger Zeit unsere Rechte zu wahren.

S. Schöneberger - Schwenningen.

Große Hoffnungen hegte ich nicht, als ich im Auftrage der Magdeburger Gewerkschaft in sieben Zahlstellen über das Thema: „Krise und Solidarität“ reden sollte. Doch bin ich bis auf einige Zahlstellen angenehm enttäuscht worden. In Sangerhausen war schon ein guter Anfang. 58 Kollegen waren in der Versammlung und vier Neu- aufnahmen. Das war in Anbetracht des letzten, nicht gerade glücklich verlaufenen Streiks ein guter Erfolg. In Etzleben, wo der eiserne Druck der Mansfelder Berg- gewerkschaft sich überall bemerkbar macht, wo bei 500 Häusern diese Gewerkschaft teils Eigentümerin, teils Hypothekengläubiger ist und diesen Einfluß auch rücksichts- los ausnützt — so war zum Beispiel einer unserer tätigen Kollegen gezwungen, in einem Jahre dreimal die Wohnung zu wechseln, er entging weiteren Schikanen nur dadurch, daß er über ein kleines Kapital verfügte und dadurch in der Lage war, sich selbst ein Grundstück zu kaufen — geht es trotzdem vorwärts. Eine gut besuchte Versamm- lung und ein guter Geist unter den Kollegen brachte mir den Beweis, daß die, wenn auch noch kleinen Organi- sationen alles daran setzen werden, auch dieser allmächtigen Berggewerkschaft ein Paroli zu bieten.

In Delitzsch war eine sehr mächtig besuchte Versamm- lung. Hier sind wohl viele Kollegen der Meinung, wenn sie im nahen Leipzig arbeiten, sei für sie die soziale Frage gelöst, und sie brauchen keine Versammlung mehr zu be- suchen. Ich möchte aber den Kollegen nochmals an dieser Stelle den guten Rat geben, ihre Gleichgültigkeit abzu- streifen, denn in Delitzsch kann und muß noch sehr viel verbessert werden. In Dessau war eine sehr gute Ver- sammlung. Über 100 Kollegen waren anwesend. Der Geist ist ein guter; es wurde hier aber gerügt, daß es noch verschiedene Kollegen gibt, die nach Feierabend zu Hause schlubben. Ich glaube, daß die Aussprache dazu bei- getragen hat, hier etwas Wandel zu schaffen. In Witten- berg waren nur 30 Kollegen anwesend. Hier sind aller- dings die Mitglieder auf die umliegenden, teils zwei Stunden entfernten Ortschaften verstreut; ich glaube aber, daß man hier noch etwas besser arbeiten muß, denn wenn im nahen Magdeburg noch circa 80 Hirsche in einer Fabrik ihr trauriges Dasein fristen können, so ist es Zeit, auch hier einmal zu versuchen, Einfluß zu gewinnen. In Köhlau war eine verhältnismäßig gute Versammlung. Die Kollegen waren sämtlich damit einverstanden, daß man in der gegenwärtigen Zeit erst recht zusammenhalten müsse, um den Verdrüben der Arbeitgeber, die früher durch viele Opfer errungenen Verbesserungen zu verschlechtern, entgegenzutreten zu können. In Bärnth waren 38 Kollegen erschienen. Auch hier haben die Kollegen noch ein großes, wenn auch schwieriges Arbeitsfeld; man hat sich auch hier verpflichtet, noch mehr als bisher alles daran zu setzen, um auch den letzten Holzarbeiter unseren Ideen zugäng- lich zu machen.

In Bezug auf Aufnahmen neuer Mitglieder in der nicht gerade rosigen Zeit hat ja diese Agitationstour nicht viel eingebracht; in einigen Zahlstellen waren 1 bis 3 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Das sollte ja wohl auch weniger der Zweck sein. Der Hauptzweck war jedenfalls

der, unsere Kollegen in der jetzigen Krise, unter der auch das Holzgewerbe schwer zu leiden hat, anzufeuern und ihnen zu sagen, daß auf Regen Sonnenschein folgt, und daß sie jetzt erst recht auf dem Posten sein müssen, um bei einer aufsteigenden Konjunktur dem Unternehmertum gewappnet gegenüber zu stehen, und von diesem Stand- punkt aus betrachtet, hat auch diese Agitationstour ihre Früchte gezeitigt.

Mag. G. H. e. Magdeburg.

Korrespondenzen.

Berlin. (Korbmacher.) Unsere letzte Branchen- versammlung hatte sich wieder mit den Praktiken der Re- gierung bei der Neuausgabe der Geschloßkörbe zu beschäf- tigen. Wie verlautet, werden die Unternehmer von der Regierung wieder aufgefordert neue Preise für die Ge- schloßkörbe (Drillinge) einzureichen, und wird wohl wieder wie das vorige Mal versucht werden, die niedrigsten Offerten zu einem Druck auf die Preise zu benutzen, indem man den Unternehmern, die bei Ausgabe der Körbe be- rücksichtigt werden wollen, vorschreibt, daß sie zum niedrigsten Preis liefern müssen. Es ist darum kein Wunder, wenn die Unternehmer versuchen, den winzigen Nutzen, den sie bei diesen Preisen erzielen können, auf Kosten der Arbeitslöhne zu verbessern. Außerdem lassen die Unter- nehmer die Körbe im Koburger und Dichtensfelder Bezirk, wo die Arbeiter beinahe in der Heimindustrie auf das schändlichste ausgebeutet werden, anfertigen. Wenn die Unternehmer zum Schein dort auch Werkstätten einrichten, so ist es doch ein offenes Geheimnis, daß der größte Teil der Körbe in Heimarbeit angefertigt wird. Von den hiesigen Firmen sind besonders die Firmen Starke und W. Heinemann, welche in dieser Weise die Verträge zu umgehen versuchen. Lebhaftige Klagen geführt wurden auch darüber, daß aus den Militärfabrikstätten die Beisten zu den Geschloßkörben so unregelmäßig geliefert werden. Die Kollegen sind deshalb gezwungen, öfters auszufahren. Von dem Unternehmer wird das auch dazu benutzt, die Kollegen zu schikanieren. In einer einstimmig angenom- menen Resolution wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Kriegsministerium bei der Vergabe der Arbeit nur solche Firmen berücksichtigt, welche die abgeschlossenen Verträge einhalten.

Diebstahlfallen. Seit Gründung unserer Zahlstelle sind Jahre ins Land gezogen und unsere Zahlstelle blieb, was sie war: der Zusammenschluß einiger Schreiner, die regel- mäßig ihre Wochenbeiträge bezahlten, es aber dabei be- wahren ließen. Doch endlich wurde es anders. Der un- geheure Druck der hiesigen Verhältnisse: elfstündige Arbeits- zeit, schlechte Bezahlung, teure Lebensverhältnisse, die schlechte Behandlung durch die Meister usw., zwangen die Mitglieder zu regerem Verbandsleben; jeder fühlte, daß hier andere Verhältnisse geschaffen werden müssen. Am 7. November hatten wir in unserer Mitgliederversammlung unsere Lage besprochen und beratschlagt, wie wir den Zehn- stundentag einführen könnten; selbstredend wurden dabei auch die Verhältnisse in einigen Betrieben kritisiert. Das scheint den Unternehmern zu Ohren gekommen zu sein. Der Dampfschreinerbesitzer Herr Louis Hemmer teilte unserem Vorsitzenden mit, daß er ihm 100 Taler müsse; er könnte Arbeiter, die gegen die Interessen der Meister handeln, nicht gebrauchen. Wo eine offenkundige Maß- regelung. Herr Hemmer glaubt, sich das erlauben zu dürfen, da er sich bisher noch immer ungekräft alle mög- lichen Freiheiten gegen seine Arbeiter herausnehmen konnte. So hat er im Sommer einen Kollegen plötzlich auf die Straße gesetzt und ihm noch einen Abzug vom Lohn ge- macht, ohne daß sich der Betroffene erklären konnte, was er verschuldet haben sollte. Da ein Gewerbegericht hier nicht besteht, mußte der Kollege auf die Geldentziehung seiner Ansprüche verzichten. Die jüngste Großtat des Herrn Hemmer ist allerdings nicht ganz sein eigenes Bestes- produkt. Es ist die Erstgeburt des neu gegründeten „Vereins zur Hebung des Schreinerhandwerks“. Dieser Verein befindet sich in der Schanzstraße. Es sind 10 Mitglieder, die man bei einer Ba- uenversammlung in der letzten Woche im Saal des Bau- vereinigen gesehen hat. Die Mitglieder sind: Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer, Herr Hemmer. Unsere Zahlstelle soll tapfer getacht werden, und mit der Maßregelung des Vorsitzenden wird der Anfang gemacht. Ein anderer „Geher und Aufwieger“, der schon vier Finger durch die Profitgier des Unternehmertums eingebüßt hat, soll auch keine Arbeit mehr bekommen, damit er „klein“ wird. Doch damit ist es ja nun nichts, denn die Solidarität der Massenossen läßt ihre arbeitslosen Brüder jetzt erst recht nicht unkommen. Diese Vorkommnisse müssen unsere Kollegen an ihre Pflichten als Verbandskollegen erinnern. Jeder muß seinen Mann stellen, damit wir den Meistern für ihre Willkür auch einmal einen Dutzettel geben können.

Görlich. Unseren Kollegen ist ja allenthalben bekannt, daß die Krise einzelnen Arbeitgebern den Kamm schwellen läßt. Im Kampfe sucht sich ja jede Partei die ihr günstigste Gelegenheit heraus, aber waren es nicht gerade die Arbeit- geber, die darauf drangen, daß Verträge geschlossen werden sollten, um sich davon zu schützen, daß etwa die Arbeit- nehmer die günstige Zeit für sich ausnützen? Nur soweit scheint ein Teil der Arbeitgeber die Verträge anerkennen, als sie ihnen Gelegenheit bieten, bei der geringsten Forde- rung eines Arbeiters, sich als unter dem Vertragsverhältnis stehend, zu brüsten. Sie pfeifen auf den Vertrag, wenn er ihnen in der Ausbeutung einmal hinderlich ist. Dieser Ansicht sind auch einige Arbeitgeber in Görlich. Da haben wir zunächst den Tischlermeister Kobelt, bei dem schon alle Besetzungsversuche vonseiten des Verbandes und Schutz- verbandes aufgegeben worden sind. Was Salig und Berg- mann, die Vorsitzenden des Verbandes und des Schutz- verbandes sagen, geht ihn eben „nichts an“ sagt er. „Er“ ist Herr im Hause. Kobelt ist Mitglied im Schutzverband, pfeift aber auf dessen Abmachungen. Als er vor einiger Zeit in seinem Betriebe Dampfheizung anlegte, verlangte er die Bezahlung derselben von den Arbeitern, indem er die Affordpreise kürzte. Als ihm dies ausgerebet wurde, führte er Lohnarbeit ein, mit dem Hinzufügen: „Nun werde ich Euch schon inähen“. Die Löhne wurden ge- kürzt und nach einiger Zeit auf Anforderung des Ver- bandes nur zum Teil wieder zugelegt. Jetzt scheint ihm nun die richtige Zeit gekommen zu sein, seine Pläne durch- zuführen. Ein Arbeiter gibt es bei ihm in Betrieben nicht mehr, es ist nur ein Mäsen und ein Wühlen. In

welcher Weise er mit den Leuten umspringt, die ihm das Geld verdienen müssen, mögen nur einige Stillblüten zeigen. „Die Arbeit muß bis Sonnabend fertig sein, wenn nicht, können Sie sich gleich die Papiere mitnehmen.“ So beginnt es schon am Montag. Fast täglich gibt es dann weitere Beweise seiner Bildung; z. B.: „Sie altes fettes, faules Schwein, wenn Sie nicht flink machen, mache ich Ihnen Beine“; oder: „Kümmern Sie sich doch nicht um ungelegte Eier, Sie Hahogochel“; oder: „Für 42 Pf. wird gearbeitet und nicht gesaulen“ usw., nur noch oft etwas gemeiner. Dabei sei bemerkt, daß dies alles älteren, erfahrenen Arbeitern gegenüber geschieht. An diese Proben mögen unsere auswärtigen Kollegen denken, falls sie ein- mal nach Görlich kommen und veranlaßt werden, bei Kobelt zu arbeiten. Weiter erwähnenswert ist die Firma Reich u. Arlt. Auch sie scheint Verträge nur zu kennen, wenn sie einen Schutz gegen Forderungen der Arbeiter bilden. Da die Firma im Frühjahr mit unberechtigten Abzügen von den Affordpreisen auf Widerstand stieß, wurde Lohn- arbeit eingeführt. Jetzt wurde den dort beschäftigten sechs Kollegen durchweg 2 Pf. pro Stunde abgezogen. Dabei stehen die Stundenlöhne in den Betrieben nicht an erster Stelle. Die Arbeiten werden durchweg billiger als nach dem Affordtarif. Die Kollegen stehen unter strengster Aufsicht der zwei Arbeitgeber. Aber hier ist es so: es werden Submissionen angenommen, ohne sich irgendwie nach den vereinbarten Affordpreisen zu richten. Die Kollegen muß der Arbeiter tragen. Die Kollegen werden jetzt vor die Alternative gestellt: Entweder Ihr arbeitet pro Stunde 2 Pf. billiger oder Ihr sitzt auf der Straße. Die Kollegen, den Winter vor der Tür, die folgenschwere Arbeitslosigkeit vor Augen, willigen widerstrebend ein. Mit reiner Er- pressermental werden so die Löhne gekürzt, und dann schreit man Peter und Morbio, wenn unsere Kollegen in der günstigen Zeit sich nicht nur diesen Abzug, sondern auch den Verlust wieder holen. Was sagt nun der „tarif- fähige“ Schutzverband zu diesen Machinationen seiner Mit- glieder. Sein hiesiger Vorsitzender, Herr Bergmann, er- klärte ja, das ist eine private Abmachung (die Lohn- kürzung) und kein Vertragsbruch. Das werden sich die Kollegen merken, wenn sie in irgendeinem Betriebe die Forderung stellen werden, entweder 2 Pf. Lohnzulage oder wir lassen die Arbeit liegen. Dann werden wir sagen: „Herr Bergmann, das geht Sie nichts an, das ist private Abmachung“. Die Görlicher Tischler werden Sorge tragen, daß diese Frage recht oft an den Schutzverband gerichtet wird. Wir fürchten nur, daß der Schutzverband seine Meinung über Tarifbrüche oft ändern kann, je nachdem ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in Betracht kommen.

Kottbus. In einer am Sonnabend, den 21. November dieses Jahres, hier stattgehabten recht gut besuchten Mit- gliederversammlung referierte unser Hauptkassierer, Kollege Fritz König-Berlin, über das zeitgemäße Thema: „Der Deutsche Holzarbeiterverband und seine Aufgaben während der herrschenden Krise“. Eine ausgedehnte, lebhaft und recht sachliche Debatte folgte den trefflichen Ausführungen des Referenten. Von einer Seite wurde der Wunsch ge- äußert, die Krankenunterstützung im Verbands auf 18 Wochen auszuweiten. Ueberhaupt kann man jetzt all- gemein die Beobachtung machen, daß denjenigen Kollegen, welche früher durch die Unterstüßungseinrichtungen des Verbandes eine Abweicheung von der Kampfeszustand des- selben befürchteten, doch zu der Einsicht gekommen sind, daß gerade diese Einrichtungen dazu beitragen, die Organi- sation während jeder Zeit stabil und aktionsfähig zu er- halten, ja, man könnte sogar sagen, daß die Kampffähig- keit damit erst recht erhöht worden ist. — Kollegen von Kottbus! Es muß auch von dieser Stelle erneut die Mah- nung ausgesprochen werden: Seid jederzeit auf dem Posten! So zahlreich wie die letzte müßte mindestens jede weitere Versammlung besucht werden. Dann wird auch die Verwaltung immer in der Lage sein, den Mit- gliedern etwas Gutes bieten zu können. Es ist grund- verkehrt, in dieser schlechten Zeit hinterm Ofen zu hocken. Hinein in die Veranstaltungen der Organisation, damit wir uns für jede Zeit schlagfertig machen und uns unserer Aufgaben bewußt bleiben.

Lambrecht. In Anbetracht der jetzigen kritischen Zeit wäre es angebracht, wenn sich die Kollegen mehr in den Versammlungen sehen ließen. Es ist doch nicht schön, wenn man so und so viele Versammlungen schwänzt und denkt, mit dem Beitragzahlen wäre es abgemacht. Nein, Kol- legen, mit solcher Meinung kommen wir nicht weit; Ihr müßt es als ernste Pflicht betrachten, an dem Verbands- leben regen Anteil zu nehmen. Nur dann können wir sagen: Einigkeit macht stark. Am 6. Dezember findet im Lokal des Kollegen Adolf Fiedel eine Versammlung statt, in welcher Kollege Weidner aus Frankfurt über: „Die wirt- schaftliche Krise, deren Ursachen und Wirkungen“ sprechen wird. In dieser Versammlung sollte kein Kollege fehlen.

Leinbo in der Mark. Schon seit längerer Zeit läßt der Versammlungsbefuch viel zu wünschen übrig, obgleich die Verwaltung glaubt, in allen Teilen ihre Pflicht zu erfüllen. Sehr zu bedauern ist es, daß gerade die älteren Kollegen die Versammlungen gar nicht besuchen; sie haben anscheinend noch nicht ausgeduldet, oder es geht ihnen noch zu gut. Wenn sie im Jahre dreimal in die Versamm- lung kommen, so möchten sie in der Versammlung sehr ra- dikal vorgehen. Den Kollegen ist zu raten, sich bei dem schlechten Geschäftsgang mehr für die Organisation zu interessieren und den jungen Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen. Das Zahlen der Beiträge allein genügt aber nicht; jeder soll mit Interesse am Verbandsleben teilnehmen, wenn unsere Organisation ihre Aufgabe er- füllen soll. Wenn die Versammlungen zu lange dauern, so ließe sich dem leicht abhelfen, wenn die Kollegen sich daran gewöhnen wollten, pünktlich zu erscheinen. Ober Kollegen, glaubt Ihr, Euch durch Eure Gleichgültigkeit die Achtung des Arbeitgebers zu verschaffen? Nur eine gut disziplinierte und ihrer Rechte bewußte Arbeiterschaft kann den Unternehmern Respekt abnötigen. Also Kollegen, frisch auf, erscheint Mann für Mann in der nächsten Ver- sammlung.

Lüneburg. Die Krise macht sich seit einiger Zeit auch hier mit voller Macht bemerkbar. Ein solcher Arbeitsmangel wie jetzt, ist seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gewesen. Außer in einigen kleinen Betrieben ist der Geschäftsgang ein derartig flauer, daß in den beiden Möbelfabriken am

Orte schon seit Wochen acht Stunden resp. 6 1/2 Stunden gearbeitet wird. Bei solchen Verhältnissen sehen wir mit gemischten Gefühlen dem Winter entgegen. Wenn man aber nach dem Besuch der Versammlungen urteilen wollte, könnte man glauben, daß die Münchener Kollegen noch auf Rosen gebettet sind. Sind es doch meist die älteren Kollegen, einige sogar, die früher an der Spitze der Zahlstelle standen, die das ganze Jahr wenig oder gar nicht in den Versammlungen erscheinen. Kollegen, das muß anders werden! Besuch regelmäßig die Versammlungen, beteilige Euch an der Diskussion und unterstütze so die Verwaltung, die sich die größte Mühe gibt, die Versammlungen so interessant wie nur möglich zu gestalten. Gerade in der ungünstigen Konjunktur müssen die Kollegen doppelt auf dem Posten sein, um im gegebenen Falle dem Unternehmer zu jeder Zeit gerüstet gegenüberzustehen. — Am 7. Dezember findet eine öffentliche Solzarbeiterversammlung statt, auf die wir die Kollegen heute schon aufmerksam machen. Wir hoffen, daß dieselbe besser besucht wird, wie es seither der Fall war.

München. (Wagner.) Am 14. November fand eine sehr gut besuchte Sektionsversammlung statt, in der Kollege Weininger über die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen referierte. Hierauf referierte Kollege Engelhard über: „Die gegenwärtige Krise im Wagenbau“. Er schilderte die glänzende Entwicklung, welche die Automobilindustrie genommen, und den Rückschlag, der sich seit dem vorigen Herbst bemerklich gemacht hat. Auf die Verhältnisse am Orte eingehend, betonte Redner, es habe wohl die Münchener Ausstellung dazu beigetragen, daß sich die Krise hier später fühlbar gemacht habe. Auch haben sich die Münchener Werkstätten in letzter Zeit mehr auf den Bau als auf den Handel von Karosserien verlegt. Doch jetzt sind auch sie mit ihrem Latein zu Ende. Das zeigen deutlich folgende Zahlen: Den Sommer über waren in zehn Werkstätten, die im Automobilbau beschäftigt waren, 85 Wagner tätig, heute sind deren nur noch 44 vorhanden. Von 20 Kastenmachern sind nur noch 12 in diesen Werkstätten. Dank unserer Tarife ist eine Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen nicht zu befürchten. Um nun einer weiteren Arbeitslosigkeit vorzubeugen, schlug Redner vor, sofort die Wagenbauerkommission zusammenzuberufen, um gegen weitere Entlassungen Stellung zu nehmen und eine angemessene Arbeitszeitverkürzung anzustreben. In der Diskussion betonten sämtliche Redner die Notwendigkeit der vom Referenten vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Lasten der wirtschaftlichen Depression müssen auf mehrere Schultern verteilt und die allgemeine Solidarität mehr hervorgerufen werden. Einstimmig faßte die Versammlung den Beschluß, daß in allen Werkstätten, bevor weitere Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden solle. Ueberstunden dürfen in keinem Falle gemacht werden.

(Korbmacher.) Schon öfters haben wir an dieser Stelle über die Verhältnisse innerhalb unseres Gewerbes berichtet und darauf hingewiesen, daß die Kollegen bei Arbeitsangeboten sich erst an die Zahlstelle wenden sollen. Leider geschieht dieses in den seltensten Fällen, und die Folge ist, daß diese Kollegen wegen zu geringen Verdienstes wieder das Weite suchen müssen. Die Arbeit, welche hier verlangt wird, ist derart, daß ein Korbmacher auf alles eingearbeitet sein muß. Außer Gestellarbeit und Geschlagenem wird Weiden- und Reddigrohrmehelarbeit verlangt, und wer auf diese sämtlichen Arbeiten nicht eingeschult ist, für den ist es besser, er meidet München, da er nach kurzer Dauer doch wieder arbeitslos ist. Gegenwärtig sind ein Drittel der Münchener Korbmachergehilfen arbeitslos und es ist ratsam, München zu meiden. Der Arbeitsnachweis für Korbmacher befindet sich von nun an auf dem Verbandsbureau, Geierstraße 1, 1. Eingang Waldestraße.

Queblinburg. Nachdem im vorigen Jahre mit den hiesigen Tischlermeistern ein Lohnvertrag abgeschlossen worden ist, besuchen die Unternehmer jetzt einen „Hochmarf“ an den Mann zu bringen. Hierbei sehen sie so ungünstig zu Werke, daß es den Dünmühten klar sein muß, um was es sich handelt. Schon seit drei Wochen wird geklagt, es mangle an Arbeit, und wurden auch schon einige Arbeiter entlassen. Unsere Kollegen aber wußten, daß die Meister Arbeit für den Kasernenneubau übernommen hatten und dadurch genügend Arbeit vorhanden ist. Jetzt kommen nun die Herren mit einem Ultimatum von Affordtarif zum Vorschein. Der Tarif ist für uns unannehmbar, weil die Sätze so niedrig sind, daß man unter Umständen nur 15 bis 16 Mk. verdienen kann. Bezeichnend ist es, daß gelegentlich der letzten Tarifverhandlungen Herr Tischlermeister Dröge erklärte, Afford würde nicht gemacht, dazu sind unsere Maschinen nicht eingerichtet, und moderne zu kaufen, dazu langt unser Geldbeutel nicht aus. Trotz dieser Erklärung verlangen sie jetzt, Affordarbeit zu übernehmen. Wir haben uns nun in zwei Versammlungen mit dieser Frage beschäftigt und müssen es ablehnen, aus Gründen, wie sie oben geschildert sind. Wir raten unseren reisenden Kollegen, Queblinburg zu meiden.

Schweidnitz. Bei der am hiesigen Orte bestehenden Spielwarenfabrik von Hugo Köthner scheint man es in letzter Zeit ganz besonders auf die im Solzarbeiterverband organisierten Kollegen abgesehen zu haben. Maßregelungen und Entlassungen ohne irgendwelchen Grund stehen auf der Tagesordnung. So sind am letzten Sonntagabend erst wieder drei Kollegen aus der Drechslerei gekündigt worden, während in auswärtigen Zeitungen nach Drechslern und Tischlern gesucht wird. Daß Arbeitsmangel nicht zu verzeichnen ist, erhellt daraus, daß in den letzten neun Wochen mit Ueberstunden gearbeitet werden mußte. Am letzten Sonntagabend wurde ebenfalls vier Tischlern gekündigt, während eine Reihe anderer am Sonntag Ueberstunden machen mußte. Glaubt mal ein Kollege, eine kleine Beschwerde oder einen Wunsch äußern zu müssen, so heißt es einfach: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Bei dieser Gelegenheit möchten wir Herrn Köthner an sein vor zwei Jahren gegebenes Ehrenwort erinnern, wonach Maßregelungen usw. wegen Tätigkeit bei der Bewegung oder wegen Angehörigkeit zu irgendeiner Organisation nicht stattfinden sollten. Aber gerade das Gegenteil ist eingetreten. Fragen wir, wie steht es mit der Einhaltung der vor zwei Jahren von der

Firma unterzeichneten Verträge, so läßt es auch hier ebenfalls recht viel zu wünschen übrig. Löhne von 8 bis 10 Mk. für einen geleerten Tischler kommen recht oft vor; was man damit bei der jetzigen Zeit ausrichten kann, kann sich wohl ein jeder an den Fingern abzählen. Ebenfalls wird von den Kollegen in der Drechslerei über den schlechten Zustand des ihnen zur Verfügung stehenden Werkzeuges geklagt. Den Kollegen aber wollen wir zurufen: Solange Ihr nicht einseht, daß Ihr eine starke Organisation haben müßt, können derartige Verhältnisse nicht gebessert werden.

Torgau. Am hiesigen Orte ist von der jetzt herrschenden Krise wenig zu hören. Im Gegenteil; die Zahlstelle hat in der letzten Zeit an Mitgliedern zugenommen, jedoch nicht durch Neuaufnahmen, sondern durch zugewandte Kollegen, welche hier in Arbeit traten. Also ein Zeichen, daß der Beschäftigungsgrad nicht gesunken ist. Die Löhne am Orte sind aber so niedrig, daß es auch ohne Arbeitslosigkeit kaum möglich ist, ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu fristen. Beträgt doch der Stundenlohn 30 bis 33 Pf. bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit. Aufschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird nicht bezahlt. Größere Industriezweige sind am Orte nicht vertreten. Die Kollegen arbeiten meist bei Kleinmeistern mit 1 bis 3 Gehilfen. Wie da die Arbeitsverhältnisse außer dem Lohn sind, ist ja zur Genüge bekannt. Schlechter als bei den Kleinmeistern sind jedoch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem einzigen „Großbetriebe“ der hiesigen Drückenwaagenfabrik von Strud, welche auch ungefähr ein halbes Duzend Solzarbeiter beschäftigt. Hier wird jeder Neueintretende meist als Meister engagiert zu einem Wochenlohn von 25 Mk. Nach einiger Zeit kommt die Firma aber mit Affordarbeit und dann ist die Meisterherrlichkeit vorbei, der Verdienst beträgt dann höchstens 10 bis 20 Mk. pro Woche. Die Maschinenarbeiter verdienen in dieser Bude 27 Pf. pro Stunde, im Afford 9 und 10 Mk. pro Woche. Für die Organisation sind die dort beschäftigten Kollegen nicht zu haben. Ein ganz Schläuer scheint auch Herr Schulze, Inhaber der „Glasererei mit Maschinenbetrieb von Schulze u. Sohn“, zu sein. Derselbe schloß dieses Jahr mit den Glasern einen Tarif ab mit einem Minimallohn von 40 Pf. die Stunde, auch wurde der Kost- und Logiszwang beseitigt. Besteres wurde jedoch nach einigen Wochen von Seiten der organisierten Glaser wieder durchbrochen. Wie es schien, hatten die Glaser Sehnsucht nach den Fleischtöpfen des Herrn Schulze. Durch diesen Vorgang ermuntert, glaubte Herr Schulze auch noch andere Sachen riskieren zu können. So gab er vor kurzer Zeit eine „Fabrikordnung“ heraus, welche der Hausordnung eines Buchhauses verzweifelt ähnlich sah, worauf sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit niederlegten. Durch diesen Späß hat Herr Schulze, wenn man seinen Worten glauben soll, einen Schaden von 800 Mk. gehabt. Es würde zu weit führen, dieses Muster von Fabrikordnung hier Wort für Wort wiederzugeben, hervorgehoben sei nur, daß dieselbe eine Bestimmung enthielt, wonach das Verrichten der Notdurft nur während der Pausen und vor und nach der Arbeitszeit stattfinden sollte. Herr Schulze scheint auch das Lächerliche seines Tuns bald eingesehen zu haben, indem er besagte Fabrikordnung wieder beseitigte. Oder hatte er andere Absichten. Vielleicht wollte er wieder Arbeiter haben. Besteres wird wohl der Hauptgrund gewesen sein, denn Herr Schulze machte sich nun auf die Gesellenfahrt; brachte auch schließlich ein paar explodierte Kräuter mit, welche ihn einige Wochen herausrissen und dann verdufteten. Das oben Geschilderte ginge uns alles nichts an, es wäre Sache der Glaser. Nun kam aber Herr Schulze auf den furchtbar schlaunen Gedanken, seine Fenster von Tischlern machen zu lassen, mit welchen er ja in keinem Tarifverhältnis steht. Er bittet also einen Kollegen von uns, bei ihm in Arbeit zu treten. Sonnabend legt er ihm 17 Mk. Lohn für eine volle Woche auf die Hand. Unser Kollege verlangt aber 24 Mk. oder 40 Pf. Stundenlohn. Das wollte aber Herr Schulze nicht in den Kopf, daß ein Bontifaber, der Fenster macht, überhaupt Lohn verdient, als wie ein Glaser. Mr. Tischler und Kollege unserer Kollege 21 Mk. und hörte natürlich auf. Da jedoch Herr Schulze versuchen wird, Tischler zu bekommen, so bitten wir, dies zu beachten. Unter 40 Pf. darf bei Herrn Schulze kein organisierter Tischler in Arbeit treten. Dies gilt hauptsächlich den reisenden Kollegen. Wenn Herr Schulze 40 Pf. bezahlt, so bekommt er in der Zeit der Krise sicher Glaser genug. Und wenn auch die Glaser am Orte ihren Tarif nicht hochhalten, so liegt für uns trotzdem kein Anlaß vor, den Tarif zu durchbrechen. — Noch einige Worte an unsere hiesigen Kollegen. Es ist beschämend, daß unsere Kollegen so sehr selten in unserem Verkehrslokale anzutreffen sind. Es ist weiter beschämend, daß in der letzten von uns einberufenen Gewerkschaftsversammlung ganze sieben Mann erschienen waren. Kollegen, so darf es nicht weiter gehen, wenn auch hier bessere Verhältnisse eintreten sollen. Um eine bessere Lebenslage zu erkämpfen, bedarf es einer geschulten, massenbewußten Arbeiterschaft. Massenbewußtsein eignet man sich aber nur im Verkehr mit Gleichgesinnten an. Darum ist es Pflicht Kollegen, dort zu verkehren, wo Ihr Gleichgesinnte trifft, wo Ihr eure Lebenslage beraten könnt. Vor allen Dingen ist es Pflicht, die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Auch für Ausbreitung unserer Organisation zu wirken, so lange bis der letzte Solzarbeiter dem Deutschen Solzarbeiterverbande angehört, ist Ehrensache eines jeden Kollegen. Also Kollegen, beherzigt diese Worte, nehmt sie Euch zur Richtschnur, der Erfolg für uns wird nur ein guter sein.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin befinden sich die Kollegen in der Piano-fabrik von Bohs u. Vogt im Streit. Mit dem Zustanden im Betriebe dieser Firma beschäftigte sich eine öffentliche Musikinstrumentenarbeiterversammlung. Die dort geklagten Affordpreise sind die denkbar niedrigsten in ganz Berlin. Die einzelnen Positionen des sehr umfangreichen Affordtarifes werden von der Firma oft willkürlich geändert oder, richtiger gesagt, reduziert. Bei dem außerordentlich großen Arbeiterwechsell fehlt den dort Beschäftigten die Ueberlicht über die bestehenden Affordpreise. So ist es den Unternehmern Bohs u. Vogt gelungen,

dieselben—derartig herabzudrücken, daß die dort erzielten Verdienste bei der größten Drahtspannung zumeist ganz miserable sind. Bei solchen Preisen ist es den Arbeitern vielfach geradezu unmöglich, die Arbeit gewissenhaft und korrekt auszuführen. Dabei macht die Firma in marktstreuerischer Weise Kellame für ihre Produkte und stellt dieselben als „höchste Kunstleistungen auf dem Gebiete des Pianofortebaues“ hin. Durch die schlechte Entlohnung ihrer Arbeiter ist es der Firma nur möglich geworden, ihre Instrumente für einen auffallend billigen Preis anbieten zu können. Sie macht anderen Fabrikanten, die noch einigermaßen auf solide Arbeit halten und halbwegs anständige Preise zahlen, eine empfindliche Konkurrenz. Während allgemein in der Berliner Pianofortindustrie die Geschäftskonjunktur durchaus keine so gute ist, wie in früheren Jahren, hat die Firma Bohs u. Vogt in einem Vierteljahr ihren Betrieb derartig vergrößert können, daß sie eine dreifach größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt wie zuvor. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Verführer und besonders des Unternehmers Bohs ist eine menschenunwürdige, so daß die Fabrik in dieser Beziehung eher einem Zuchthaus als einem modernen Fabrikbetrieb gleicht. Besonders Herr Bohs gebraucht im Verkehr mit seinen Leuten sehr häufig die niedrigsten und ordinärsten Schimpfwörter. Um diesen traurigen Zuständen abzuhelfen und speziell die niedrigen Löhne ein wenig aufzubessern, haben mehrere Spezialbranchen die Arbeit niedergelegt. Die Firma versucht nun, von außerhalb Arbeitswillige heranzuziehen. Deshalb werden die Zahlstellen- und Sektionsleitungen ersucht, darauf aufmerksam zu machen und Bezug fernzuhalten.

In Braunschweig ist der Abwehrstreik bei der Korbwarenfabrik Franz Unger (Steinhage) zu unseren Gunsten beendet. Nach neunwöchentlichem Kampfe um das Weiterbestehen unseres im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifs konnte am 25. November die Arbeit aufgenommen werden. Die Firma hatte den Standpunkt vertreten, daß für sie als Exportbetrieb auch niedrigere Preise gelten müssen, nur bei Einzelarbeiten, wie dieses in kleinen Werkstätten üblich sei, wollte sie nach dem Tarif zahlen. Die Einigung erfolgte auf der Grundlage, daß der bisherige Tarif weiter besteht; und bei vorkommenden neuen Arbeiten, die in größeren Posten angefertigt werden, ein dem Urteil unserer Kollegen entsprechender Ausgleich stattfinden soll. Wir können mit dem Ausgang zufrieden sein, und unsere Kollegen werden auch in der Zukunft dafür sorgen, daß alle erzwungenen Verbesserungen hochgehalten werden. Den Arbeitswilligen Friß Kow, der während der ganzen Zeit als braver Arbeiter der Firma zur Seite stand, will man nicht fallen lassen, er soll im Betriebe bleiben, solange es ihm gefällt, das ist der Wunsch der Firma. Wir ersuchen, das schriftliche Anerbieten nach Arbeit und das Ausschauen zu unterlassen, und stets auf unserem Arbeitsnachweis Auskunft einzuholen.

In Fürstenberg a. O. dauert der Streit der Korbmacher unverändert fort. Die Kollegen sind fest entschlossen, den Kampf erfolgreich bis zu Ende zu führen. Da sich jetzt immer mehr Knosferente in den Verband aufnehmen lassen, so hoffen wir, daß wir bald von einem Sieg berichten können. Bezug ist fernzuhalten.

In Kalk bei Altn sind in der Modellfabrik von G. Schwarz sämtliche Modellschreiner entlassen worden. Die Entlassungen erfolgten, weil die Kollegen den vernünftigen Entschluß gefaßt hatten, jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit keine Ueberstunden zu machen. Der Betrieb bleibt bis auf weiteres gesperret.

In Swinemünde ist die von den Meistern vorgenommene Aussperrung noch nicht ganz durchgeführt. In zwei Werkstätten arbeiten die Kollegen noch an ihren Afforden. Die Meister führen eine scharfe gegenseitige Kontrolle; es scheint, daß sie der Einigkeit in ihrem Lager nicht recht trauen. Der Obermeister Bartel aber unterzieht sich der undankbaren Aufgabe, dem Verbandsmitgliedern abspenstig zu machen. Er erzählt, daß sie hohe Beiträge zahlen müßten, damit die Verbandsbeamten gute Dinge tun könnten. Der Vorrede der könne hier wohl aufpassen, da die Arbeit hier wie unser Bürgermeister. Der Meister Bartel, mit beartigem Gerede redet man den Solzarbeiterverband nicht toll. — Die ledigen Kollegen haben den Ort verlassen und werden die am Orte verbleibenden 27 Kollegen den Kampf mit den Meistern ausfechten. Trotz der Kälte werden sie den Meistern zeigen, daß eine organisierte Arbeiterschaft sich nichts von dem nehmen läßt, was sie sich bisher errungen hat. Die Kollegen werden gebeten, den Bezug streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Herr Rahardt in Straßburg.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Im Oktober dieses Jahres hielt der Verband der süddeutschen Möbelschreiner in Straßburg seine dritte Verbandsversammlung ab, um unter anderem zu beraten, wie er die Möbelschreinermeister zum Liefern von billigen Möbeln zwingen kann. Diese Versammlung hat anscheinend die Schreinermeister von Straßburg und Umgebung auf den Damm gebracht. Am 10. November versammelten sie sich, um über die neuzugründende Zwangsinnung zu beraten. Als Redner hatten sie sich Herrn Rahardt von Berlin beschreiben, jedenfalls von dem Gedanken ausgehend, je größer das Karabepferd, desto gefüllter die Versammlung. Aber man hatte sich getäuscht. Wenig, sehr wenig Interessenten waren erschienen, man scheint hier kein Verständnis für diese Zwangsinnung zu haben, was wir den Herren auch nicht übel nehmen.

Herr Rahardt sprach über das Thema: „Warum müssen sich die Straßburger Schreinermeister vereinigen?“ Heute, sagte er, ist der einzelne Schreinermeister ein Spielball in der Hand seiner Arbeiter und Kunden, und kann sich nur durch Zusammenschluß aller Verwerkskollegen eine Verbesserung schaffen. Der Schreinermeister muß heute den Kampf nach drei Fronten führen. 1. Gegen die übertriebenen Forderungen der Gesellen. 2. Gegen die

Möbelhändler und Kunden. 3. Gegen die Lieferanten. Zu diesem Kampfe sei eine starke Organisation nötig, um Sieger zu werden. Die beste Form sei die Zwangssinnung. Das beweise die Berliner Tischlerzwangssinnung, von deren angeblichen Erfolgen er vieles zu erzählen wußte. Die Diskussion war recht lebhaft, brachte aber manchmal recht altmodische Anschauungen zutage. Als ein Kleinmeister von der Konkurrenz der Großindustrie redete, welche die Kleinmeister zugrunde richte, erwiderte Herr Rahardt: Es ist eine Wahndee, wenn man glaubt, daß der Großbetrieb billiger produziere; die größte Schmuckkonkurrenz treiben die Kleinmeister, welche teuer einkaufen und dem Möbelhändler zu jedem Preis verkaufen müssen. Ein weiterer Redner verlangte die Einrichtung eines Innungsarbeitsnachweises, warum, weiß er wohl selber nicht.

Was die Frage der Lehrlingsausbildung anbelangt, so wäre es vielleicht sehr interessant, einmal statistische Erhebungen zu veranstalten, um zu erfahren, wieviel von den in den letzten 10 Jahren in Straßburg ausgebildeten Lehrlingen noch auf dem Handwerk arbeiten. Diese Statistik würde auch manchen Eltern die Augen öffnen und sie würden davon absehen, ihre Söhne in die Hände der hier so beliebten Lehrlingszüchter zu geben. Dient der Lehrling doch in der Mehrzahl der Fälle als Ersatz für einen Tagelöhner. Dem Herrn Rahardt, der eine wirksame Interessenvertretung der Schreinermeister, insbesondere gegen die übertriebenen Forderungen der Gesellen, für so dringend notwendig hält, wollen wir einmal einige Zahlen anführen, um ihm zu zeigen, wie es hier aussieht, denn das wird ihm wohl niemand sonst gesagt haben.

Sobald der Lehrling in Straßburg ausgelernt hat, bietet ihm der Meister einen Lohn von 2 Mk. pro Tag an, oder er gibt ihm Affordarbeit, und zwar oft zu Affordpreisen, die unter denen der Gesellen stehen. Bei diesen Preisen ist es oft dem eingearbeiteten Gesellen nicht möglich, einen anständigen Lohn zu verdienen, geschweige denn einem schlecht ausgebildeten Lehrling. Paßt ihm das nicht, dann kann er gehen; doch wird er nur zu bald gewahrt werden, daß er nicht leicht einen anderen Meister findet, der ihm mehr bietet. Da hilft ihm keine Lehrlingsprüfung und kein Gesellenstück. Findet er aber Arbeit, so wird er im Winter regelmäßig entlassen, um das Heer der Arbeitslosen zu vermehren. Das geht so weiter bis zu seinem 23. Lebensjahr, das heißt, wenn seine Eltern in der Lage sind, ihn so lange durchzuhelfen, dann erst tritt er in das tarifmäßige Verhältnis ein und erhält bis zum 25. Lebensjahre 42 Pf. Stundenlohn, das heißt, wenn es der einzelne Meister nicht für besser hält, ihn noch unter Tarif zu entlohnen. Erst vom 25. Lebensjahre ab stehen ihm als Mindestlohn 45 Pf. Stundenlohn zu. Der Durchschnittslohn der Holzarbeiter in Straßburg betrug im Jahre 1906 nach einer Statistik des Statistischen Amtes der Stadt Straßburg 3,74 Mk. Nach der Lohnskala der hiesigen Ortskrankenkasse für das Jahr 1907 verdienen 8 Proz. der hiesigen Holzarbeiter unter 2,40 Mk., 16,3 Proz. verdienen 2,40 bis 3,30 Mk. und 35,9 Proz. verdienen 3,30 bis 4,20 Mk. und nur 39 Proz. verdienen über 4,20 Mk. pro Tag.

Recht hat Herr Rahardt, wenn er die Kleinmeister als das größte Uebel bezeichnet; ob diese aber durch die Zwangssinnung eines besseren belehrt werden und nicht mehr zu Schleuderpreisen liefern, das wagen wir zu bezweifeln. Der Zweck des Hierseins des Herrn Rahardt war auch wohl schließlich die Wicht, den Kleinen zu helfen. Die Zwangssinnung soll das Mittel sein, um den Anschluß der Meister an den Arbeitgeberbund zu erreichen. Ob es den Herren gelingt, zu dem Ziele zu gelangen, das ihnen vorsteht, bleibt abzuwarten.

Unsere Kollegen aber mögen derartige Vorgänge im Lager der Gegner aufmerksam verfolgen und von Herrn Rahardt und Genossen lernen, daß Einigkeit stark macht und nur Einigkeit zum Ziele führt.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ war im Oktober die Lage in den Sägewerken und Holzbearbeitungsbetrieben im allgemeinen nach wie vor ungünstig. In Pommeren mußten viele Betriebe still liegen, auch in Berlin gelang es nicht, die vorhandenen Lager zu räumen, so daß auch hier mit weiteren Einschränkungen der Betriebe gerechnet werden muß. In der Berliner Wautschlerei wurden über 1000 leere Bänke gezählt. Arbeiter boten sich daher im Ueberfluß an. Der Berliner Lugschwabenbau war nach wie vor sehr schwach beschäftigt. Es gingen wenig Aufträge ein und diese waren nicht lohnend. Auch hier herrschte ein außerordentlich großes Arbeiterangebot.

Die Waggonfabrik Akt.-Ges. Nerdlingen (Rhein) schlägt für 1907/08 eine Dividende von 12 Proz. (im Vorjahre 14) vor. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr konnte der Vorstand in der Aufsichtsratsitzung ebenfalls günstig berichten.

Gewerkschaftliches.

Ein christlicher Verläumder am Pranger.

In der Mechanischen Bindfadenfabrik Schreßheim bei Dillingen (Bayern) kam es im heurigen Sommer wegen Maßregelungen zu Differenzen und schließlich zu einer 13wöchentlichen Aussperrung, die mit einer vollen Niederlage für den christlichen Textilarbeiterverband, bei dem die Leute organisiert waren, endete. Die Christlichen brauchen jedoch Agitationsmaterial, und was wäre geeigneter, als auch bei dieser Gelegenheit mit einem „vollen Siege“ die Mitgliederzahl in den christlichen Organisationen aufzuhalten. Nebenbei kann man auch der verhassten sozialdemokratischen Organisation eins anhängen. Dieses geschah

auf der christlichen Textilarbeiterkonferenz am 25. Oktober in Kaufbeuren, bei welcher Gelegenheit der christliche Gauleiter, Peter Geier, den andächtig lauschenden Leuten seinen großen Sieg erzählte und unter anderem ausführte: „Besonders wichtig war die jüngste Bewegung in Schreßheim bei Dillingen, welche bereits genügend bekannt ist. . . Nebenbei spielte dort auch die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft mit ihren Führern eine traurige Rolle. Nach 13wöchentlichem Kampfe wurde derselbe zugunsten der Arbeiter entschieden. Die Gemahregelungen und Streikenden werden wieder eingestellt, die Löhne zugunsten der Arbeiter geregelt.“

Diese Siegesberichte wurden in allen Zentrumsblättern eifrig verbreitet, obwohl man in Schreßheim genau wußte, daß das Gegenteil der Fall war.

Was den unqualifizierbaren Vorwurf gegen die „sozialdemokratisch“ organisierte Arbeiterschaft und ihre Führer anbelangt, so wurde hier benutzt die Unwahrheit behauptet. Von den 190 Aussperrten waren kaum 1/2 Duzend im sozialistischen Textilarbeiterverband organisiert. Der Streik ging verloren, nachdem etwa 60 christlich organisierte Streikende die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Die Führer des sozialistischen Textilarbeiterverbandes hatten lediglich vor der Aussichtslosigkeit des Kampfes gewarnt. Die Christlichen logen nichtsdestoweniger von einem „Siege“ weiter, bis es selbst dem Direktor der Fabrik zu bunt wurde und derselbe am 6. November im Dillinger „Donauboten“ das Protokoll der Einigungsverhandlung mit dem christlichen Verbands veröffentlichte. Aus dieser Veröffentlichung erhellt, daß die Christlichen nicht alle eingestellt zu werden brauchen, daß die „Bohnregelung zugunsten der Arbeiter“ nur darin bestand, daß die vor der Aussperrung bezahlten Löhne bestehen bleiben. Der christliche Verband hatte sich zu einer förmlichen Wbitte in der Presse und zur Kostentragung verpflichtet. Der betreffende Passus des Protokolls lautet: „Die Direktion erklärt sich bereit, einen Transport ungarischer Arbeiter zu stützen, wogegen sich die Organisation bereit erklärt, alle der Direktion hieraus bereits erwachsenen und etwa noch weiter erwachsenden Kosten einschließlich der Vermittlungs- und Untersuchungsgebühren zu übernehmen.“ Im Absatz 7 heißt es dann ferner: „Die Organisation verpflichtet sich, gelegentlich der Besprechung der heutigen Verhandlung in der Presse zum Ausdruck zu bringen, daß im vorausgegangenen Kampfe Uebertreibungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sein mögen, welche von ihrer Seite mißbilligt werden und besser unterblieben wären.“

Und bei dieser erbärmlichen Selbstenttarnung der Herren Christen behielt sich die Direktion auch noch das Recht vor, die Leute nach ihrem Guitdinken wieder einzustellen. Dieses Schandstück christlicher Streikführung wurde noch obendrein vor dem königlichen Bezirksamt Dillingen amtlich abgeschlossen.

Ein Schriftstück wie dieses Protokoll darf selbst der christlich organisierten Arbeiterschaft nicht vorgelegt werden, trotz der Schafsgeduld, die diese dem Treiben ihrer Führer gegenüber an den Tag legt. Wie die Betriebsleitung selbst den Ausgang des Kampfes aufsaßt, davon gibt ein Schreiben derselben an die Redaktion der „Neuen Augsburger Zeitung“ Zeugnis. Genanntes Blatt hatte auch den Bericht über den Sieg in Schreßheim gebracht. Daraufhin erhielt sie folgendes Schreiben: „Unter Bezugnahme auf den in Ihrer Nr. 208 enthaltenen Artikel: „Der Kampf in Schreßheim“ fordern wir hiermit folgende Berichtigung: 1. Die Gemahregelungen mußten nicht wieder eingestellt werden, sondern es wurden von uns entgegengemessen nur zwei von vier aufgenommen.“

2. Von den noch dagewesenen 180 Aussperrten wurden nur 119, nicht 180, und zwar nur nach Bedarf und nach den Dienstjahren eingestellt. Diese 119 wurden nicht von der Organisationsleitung bestimmt, sondern es wurde dieser nur die Vorlage einer Liste der noch anwesenden Arbeiter zugestanden, die Auswahl aber selbstverständlich von uns selbst getroffen.“

3. Wir haben in der Sache bisher noch gar nichts berichtet, werden aber, nachdem Ihr Blatt und verschiedene andere Zeitungen von einem Siege der Arbeiterschaft sprechen, den Wortlaut des Vertrages mit den organisierten Arbeitern heute veröffentlichen, damit das Publikum sich selbst ein Urteil darüber bilden kann, was für einen Sieg die christliche Organisation in dem Kampfe mit unserer Fabrik errungen hat.

Zwei Belegblätter belieben Sie uns zugehen zu lassen.

Sodachstend

Mechanische Bindfadenfabrik Schreßheim.

H. Roedel, Direktor.“

Was jetzt hat sich der christliche Textilarbeiterverband zur öffentlichen Wbitte noch nicht entschließen können. Jedenfalls ist dem christlichen Gewerkschaftsführer nun die Ungehuerlichkeit eines solchen Verlangens, das einer Selbstkastrierung gleich, zum Bewußtsein gekommen. Doch die Herren der Bindfadenfabrik Schreßheim sind nicht gewillt, auch nur auf ein Tipfelchen ihres Rechts zu verzichten und verlangen die Erfüllung des Vertrages — bis zum bitteren Ende. Sie erlassen nun eine öffentliche Aufforderung in den Zeitungen zur Erfüllung der Piffer 7 des Uebereinkommens vom 13. Oktober cr. und fügen dazu bei, daß sie es dem Publikum überlassen, sich selbst nun ein Urteil über

die Vertragstreue dieser Organisation zu bilden“. — Solches ist bitter, aber eine treffliche Illustration zu dem herrlichen Sieg in Schreßheim.

Mittlerweile saufen die Neulenschläge auf das Gäußelein Unglück, das von dem „Siege“ übrig geblieben ist, immer wuchtiger hernieder. Am 17. November erließ die Direktion im „Tag- und Anzeigebblatt für Dillingen“ wiederum eine Bekanntmachung, worin sie offen erklärt, an den Vertrag, der zur Beendigung der Aussperrung geführt habe, nicht mehr gebunden zu sein, weil die christliche Organisation vertragsbrüchig geworden sei. Letztere hat sich schriftlich erklärt, die gesamten Kosten, die für Herbeibringung und Fortschaffung von Streikbrechern entstanden sind, dem Unternehmer voll zu ersetzen. Der Verbandsvorstand habe bisher wohl 3800 Kronen (11) an den Unternehmer gezahlt, sei aber noch 1050 Kronen schuldig, außerdem noch 600 Mk. Gebühren an den Vermittler der ungarischen Streikbrecher. (11) Dazu weigert sich die Organisation, die Direktion in aller Form um Verzeihung zu bitten, eine Verpflichtung, die man schriftlich auf dem Bezirksamt anerkannt (11) habe. Der Unternehmer droht dann bei Nichterfüllung des Vertrages mit einer wiederholten Aussperrung der christlich organisierten Arbeiter und mit dauerndem Ausschluß derselben aus der Fabrik. — Der Unternehmer kann ja leicht wieder neue Streikbrecher herbeischaffen, da die Kosten für die bisherigen Streikbrecher vom christlichen Textilarbeiterverband ersetzt wurden. Und bei der Vereinbarung eines solchen Schandvertrages soll sogar ein Mitglied des Zentralvorstandes aus Aachen mitgewirkt haben.

Im Interesse der beteiligten Arbeiterschaft wie des Ansehens der Gesamtarbeiterbewegung bedauern wir den traurigen Ausgang des Kampfes, von dem noch über 60 Arbeiter auf der Straße liegen. Wir sind weit entfernt davon, uns über diese Niederlage der Christlichen zu freuen, jeder verlorene Streik trifft mehr oder weniger die Gesamtarbeitererschaft und trägt zur Stärkung des Machtdünkels der Unternehmer bei. Außerdem stehen uns christlich organisierte Arbeiter, die ehrlich für die Besserung ihrer Lebenslage ringen, hundertmal näher als irgend ein Unternehmner. Wer aber eine der Organisation widerfahrene Niederlage ohne weiteres in einen Sieg umzuwandeln sucht und dabei andere, die lediglich wegen 4 Gemahregelungen halber vor einer Kraftprobe warnten, in den Not zu ziehen versucht, der handelt unverantwortlich an seinen Mitgliedern. Die Folgen solch feiner christlicher Taktik werden sich später noch zeigen. Der verstorbene Dr. Sigl kannte seine christlichen Pappenheimer zu gut, indem er sie mit den Worten zeichnete: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die einer solchen Gesellschaft noch Gefolgschaft leisten.

Ein christlicher Agitator als Messerstecher. Wie die „Vergolter-Zeitung“ berichtet, verurteilte die Strafkammer Saarbrücken am 7. November den „christlichen“ Agitator Friedrich Schmidt aus Neunkirchen wegen gefährlicher Messerstecherei zu einem Jahr und wegen Beamtenebeidigung zu einer Woche Gefängnis. Schmidt bekam in einer Wirtshauskammer mit einem Kameraden Wortwechsel, ging dann „brüderlich“ mit ihm nach Hause und verlegte dem Wirtshausbesitzer meuchlings einen wuchtigen Stich in den Unterleib, so daß der Verletzte zusammenbrach und zuerst an seinem Aufkommen gezweifelt wurde. Nach vierwöchentlichem Krankenlager erholte der Gestochene sich doch wieder und ist heute die Wunde geheilt. Gegen Schmidt schweben außerdem noch zwei weitere Strafverfahren: eines wegen Meineid, ein anderes wegen Sittlichkeitsverbrechen durch Ueberfallen der Försterstochter von Neunkirchen. Schmidt war ein eifriger Agitator für die christlichen Gewerkschaften, zog allsonntäglich übers Land und haupierte mit M.-Glabbacher Christenware. Wie ein geschwägiger Papagei konnte er sein Sprüchlein hersagen von der „gottlosen“ Sozialdemokratie, von der „Religionsfeindlichkeit“ der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und pries zum Schluß die M.-Glabbacher Weltanschauung, von wo alles Heil, aller Segen, alle Tugenden kommen.

Eingefandt.

Aus der Vergolterbranche.

In Nr. 47 heißt es in dem Situationsbericht aus der Vergolterbranche an einer Stelle: „Namentlich bei der Firma Bander in Berlin (Tapetenlestenfabrik), wo durch die Aataussperrung ein Teil der Kollegen den Sommer über aufs Pflaster geworfen war, wodurch die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutende Verschlechterungen erfuhr.“ Die Firma behauptet, daß das nicht den Tatsachen entspreche. Nachdem eine Aussprache mit dem Vertreter der Firma im Beisein der dort beschäftigten Kollegen stattgefunden hat, wurde folgendes festgestellt: Bei den Kollegen, die vor der Aussperrung dort beschäftigt waren und wieder eingestellt wurden, haben keine Lohnreduzierungen stattgefunden, sondern sie sind zu den alten Lohnsätzen wieder eingestellt worden. Jedoch bleibt die Behauptung, die Lohn- und Arbeitsbedingungen seien verschlechtert, insofern richtig, als die Firma unseren Arbeitsnachweis nicht mehr anerkennt und auch die Zusage, die sie uns gegenüber gemacht hat, keinen unter 27 Mk. pro Woche einzustellen und den Arbeitsnachweis zu benutzen, zurückgezogen hat. Die Firma behält sich im Gegenteil freie Hand, einzustellen, wen sie will, ohne Arbeitsnachweis und zu jedem Lohn, den sie für angebracht hält, so daß eine Reihe Kollegen schon unter 27 Mk. dort gearbeitet haben resp. zurzeit noch arbeiten.

Die Zentralkommission der Vergolter.

H. A. Heinrich Späth

Literarisches.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1909. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbandes vorstandes herausgegeben von Theodor Leipart.

Der neue Verbandsalmanach ist vor einigen Tagen erschienen, er präsentiert sich uns in neuen künstlerischen Gewande und wird in dieser Ausstattung sich manchen neuen Freund erwerben zu den vielen Lesenden, die er sich in den 9 Jahren seines Erscheinens schon erworben hat.

finanzielle und organisatorische Entwicklung unserer Organisation und der gegnerischen Verbände, wie der ausländischen Arbeiterorganisationen; dann ein reichhaltiges statistisches Material über die deutschen Gewerkschaften, die Bevölkerungsbewegung, die Nahrungsmittelpreise, die Ein- und Ausfuhr usw.

Kollegen! Agitiert immer und überall für den Verband! Wir dürfen nicht rasten und ruhen, bis daß alle Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen sind.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien. Meyers Klassiker-Ausgaben. Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. Eleganter Leinwandeinband.

Versammlungs-Anzeiger.

Elfenberg. Sonnabend, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr bei Moloff.
Mienburg. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirt Hentel, Dinterstraße, statt.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Gormain-Strasse 19:
Drechsler, 8-10 Uhr vormittags
Maschinenarbeiter, 8-10 Uhr vormittags
Modellstecher, 8-10 Uhr vormittags
Stellmacher, 8-10 Uhr vormittags
Siodarbeiter, 8-10 Uhr vormittags

Martin Dähne, Buchh. 28871, und Joh. Reich, Buchh. 189718, findet eure Adressen betr. Zeugenaussagen an das Bureau der Justizstelle Garbrücken.
Alfons Böhm, Schreiner aus Stammheim, Oberamt Calw, Württemberg, wird ersucht, seiner Mutter seine Adresse mitzutheilen.

Sozialbeamter.

Die Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbandes sucht zum Antritt für 1. März 1909 einen ersten Bevollmächtigten. Derselbe muß befähigt sein, die Verwaltungsgeschäfte einer größeren Zahlstelle zu erledigen.

Für einen Stellmachermeister ist in Zeitz ein günstiger Platz vorhanden. Auskünfte erteilt Karl Poppe, Schmiedemeister, Zeth, Raumburgerstr. 45.

In einer Provinzstadt Pommerns, circa 4000 Einwohner, ist ein in bester Geschäftslage befindliches Ladengeschäft sofort zu verlaufen. Das Geschäft ist besonders geeignet für einen

Drechsler,

da ein solcher weder am Plage noch in der Umgegend vorhanden ist. Für flotte Beschäftigung wird garantiert, da sich am Orte 2 Tischlereien mit Kraftbetrieb, sowie viele Kleinbetriebe usw. befinden.

Tüchtiger Korbmacher

auf seine Beddigmöbel findet dauernde Stellung bei guten Akkordpreisen.
Gehr. Stolle, Bremen.
Suche per sofort einen Korbmacher auf Fischhöfche.
H. Maag, Mienburg a. Wefer.

Geübte Piassava-Milcher

finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei Gahn & Rheinauer, Mannheim.

Gen. f. Fabrik. v. Arbeitersfußbekleidung

Ronneburg-Friedrichshalde.
Diensttag, den 15. Dezember 1908, abends 8 Uhr.

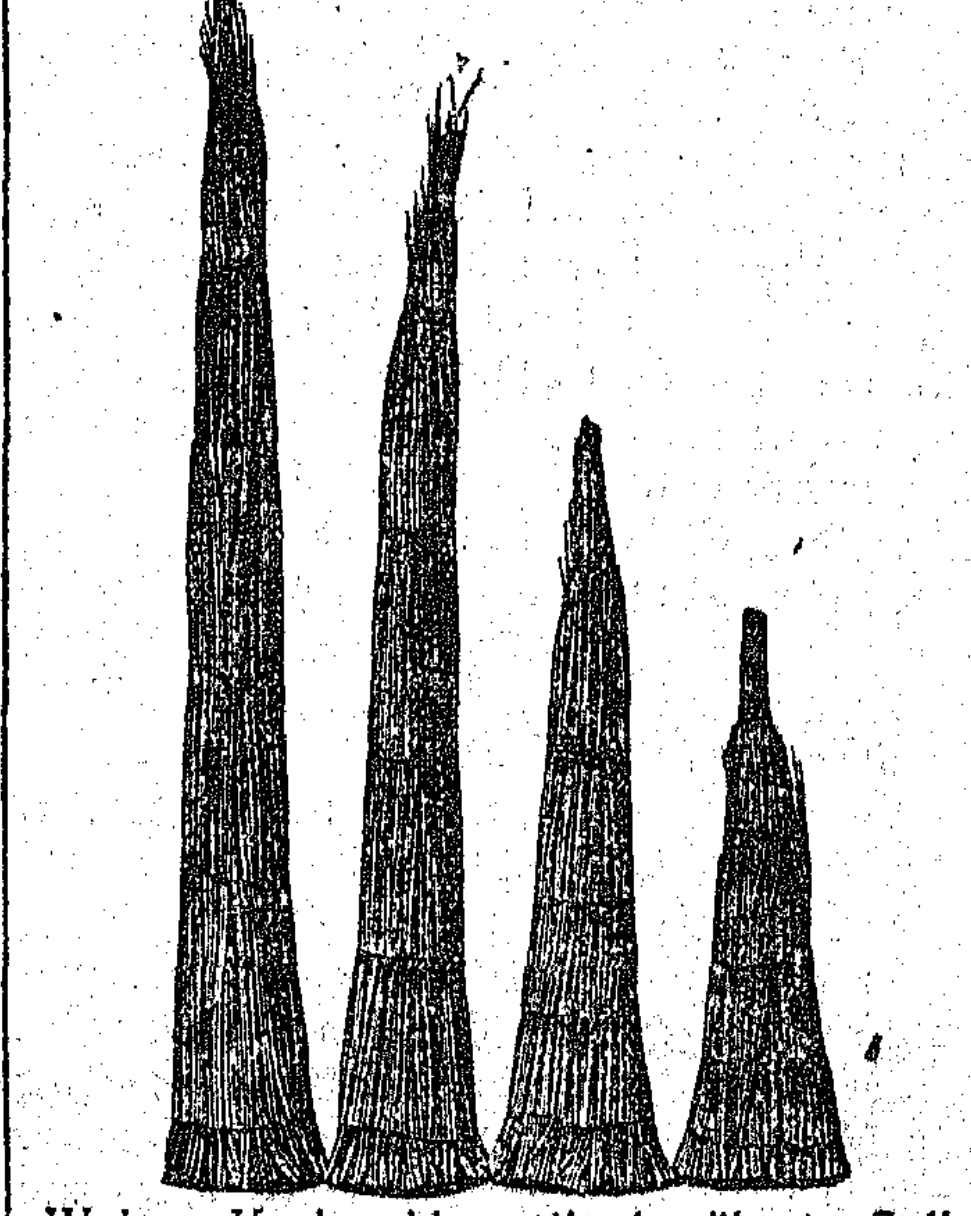
Generalversammlung

in Fickers Restaurant, Friedrichshalde.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das verfloßene Geschäftsjahr. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinns. 4. Bericht des Verbandsrevisors. 5. Änderung der §§ 31 Abs. 2, 35, 68, 78, 46, Nachtrag des Statuts. 6. Anträge der Mitglieder. 7. Genehmigung der Geschäftsanteilsrechnung des Vorstandes, Aufsichtsrates. 8. Geschäftsbeschlüsse.

Größte deutsche Tischler-Fachschule Detmold.
Neue Ausbildung, Prop. frei. Zum Selbstunterricht empfohlen. Die Silllehre I. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Laubsägerei

Kerbschnitterei :: Holzbrandmalerei
J. Brendel, Müllerstadt 95, Pfalz.
Reichhalt. Katalog gratis u. franco.
Laubsägeholz von 1 Mark an.



Weisse Korbweiden, die berühmte Salix Americana, empfiehlt und versendet per Nachnahme in Zentnern und Waggons
Julius Tretbar in Grimma 991
Hauptdepot amerikanischer weisser Weiden.

Tischlerwerkzeuge

anerkannt
fabriziert und hält auf Lager H. Hase,
Hainig Lee Mühlentw. 7, Potsdam.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

Achtung! Tischlergehilfen!!
Lassen Sie sich meine Preisliste über vorteilhafte, zeiterparende Werkzeuge kommen. Gutes Werkzeug halbe Arbeit.
Ich verlende solche an Jedermann gratis und franko.
Bei Anfragen wolle man auf dieses Blatt bezugnehmen.
Heinr. Busch, Hagen i. W.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

ein einfacher und klarer Weise lehren die Selbstunterrichts-Systeme Karnack-Hachfeld: Die Bauschreinerachule, Die Kunst- und Möbelschreinerachule, Zimmermolesterschule, Holzbildhauerschule, Polierachule.
In unübertroffen

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
zwei deutsche Reichspatente
gesch. neuen Poller-Verfahren werden die Poren des Holzes beim Pollieren mit spritlöslichem Pollerpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Pollieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupollieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpollieren
1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpollieren
1 " Patent-Politur zum Reinpollieren
1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlfeisten usw.
1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Hornol"
1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
1 " Altmstein-Pollerpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Auskiten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkolle zum Versuchspollieren a 8 Mark.
Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattpoliersprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Meilmann-Berlin, Prof. Dr. Oitkar Lenček-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelnd die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.